Einzelpreis 50 Pfg. · 4. Jahrgang

Freitag, 30. Dezember 1921

Nummer 608 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 15.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen deutsche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 20.—, für das übrige Ausland M. 36.—

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30b

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Streik der Eisenbahner

Die Berliner Funktionäre für den Streik / Stillstand des Verkehrs im Westen

Die gestrige Versammlung der Funktionäre, Obleute und Bevollmächtigten des Bezirks Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat einstimmig den Beschluß gefaßt, in den Streik zu treten.

Gemeinsame Beschlüsse der Organisationen

Berlin, 29. Dezember.

Noch im Laufe dieser Nacht wollten in Berlin **die Eisenbahner-Groß-Organisationen zusammentreten, um wichtige Beschlüsse zu fassen.** Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat am Donnerstagabend drei ihrer Vorstandsmitglieder nach Köln, Essen und Elberfeld entsandt, um dort genaue Informationen einzuziehen.

Lahmlegung des Verkehrs im Westen

Köln, 29. Dezember.

Im Direktionsbezirk Köln ist in Betriebsversammlungen, die in den Vormittagsstunden abgehalten wurden, der Eintritt in den Streik beschlossen worden. Auf den Bahnhöfen Deutz-Nord, Nord-Eifeltor und in Nippes haben die Arbeiter die Tätigkeit eingestellt, so daß der Güterverkehr bereits fast ganz ins Stocken geraten ist. Die nach dem Reich führenden Personenzüge hatten zum Teil in Deutz längeren Aufenthalt, da die Streikenden ursprünglich die Züge überhaupt nicht weiterfahren lassen wollten. Der Personenverkehr innerhalb des besetzten Gebietes, von Köln aus, wird bis zur Stunde noch voll aufrechterhalten. Durch die Lahmlegung der Betriebswerkstätten ist jedoch mit einer starken Einschränkung des gesamten Verkehrs bereits am Freitag zu rechnen.

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet: Wie zu erwarten war, hat sich der Streik der Eisenbahnarbeiter und eines Teiles der Unterbeamten nicht auf den Direktionsbezirk Elberfeld beschränken lassen, sondern hat bereits im Laufe des gestrigen Donnerstag **auf das besetzte rheinische Gebiet übergegriffen, so daß nunmehr mit einer Lahmlegung der gesamten Industrie- und der Kohlenreviere gerechnet werden muß.** Der Personenverkehr nach dem Westen ist zwar zur Zeit — allerdings mit Verspätungen bis fast vier Stunden — noch im Gange, doch läßt sich voraussehen, daß im Laufe des heutigen Freitag **die Verbindung mit dem Westen des Reiches gänzlich unterbrochen werden wird.** Der Güterverkehr ist jetzt bereits stark eingeschränkt und lediglich die für die Entente vorgesehenen Züge werden noch fahrplanmäßig durchgeführt.

Die bevorstehende Einstellung des gesamten Verkehrs ist nicht darauf zurückzuführen, daß die Beamten sich der wilden Bewegung der Eisenbahnarbeiter angeschlossen haben, sondern sie ist **vor allem durch die Lahmlegung der Betriebswerkstätten bedingt.** In den sogenannten Betriebswerkstätten werden die Lokomotiven für den täglichen Dienst vorbereitet, d. h. sie werden mit Kohlen beladen, mit Oel und Wasser versehen, auf die Arbeit aller Maschinenteile durchgeprüft und morgens angeheizt. Der Umstand, daß die Arbeiter in diesen Betriebswerkstätten die Entfernung der Asche und Schlacken aus den Lokomotiven verweigern, macht es den Lokomotivführern und Heizern unmöglich, die Maschinen zur festgesetzten Zeit aus den Schuppen herauszubringen. Ferner ist es durch die Arbeitsniederlegung der Rangierer **nicht mehr möglich, die einzelnen Züge zusammenzustellen.** Infolgedessen werden die Beamten also in ihrer Tätigkeit derart behindert, daß selbst bei einem — jetzt in die Wege geleiteten — Helferdienst, der Verkehr mit Personenzügen sich nur im allerengsten Rahmen wird aufrecht erhalten lassen. Lediglich die für die Entente bestimmten Kohlen-, Güter- und Personenzüge werden nach wie vor prompt abgefertigt. Eine Deputation der Streikenden hat von der Interalliierten Kommission die Zusicherung erhalten, **daß die Entente dem Eisenbahnerstreik gegenüber solange eine wohlwollende Neutralität bewahren werde, als der von ihr verlangte Dienst ordnungsmäßig versehen wird.** Die Streikleitung hat der Interalliierten Kommission gegenüber diese Erklärung abgegeben und ihren Mitgliedern gegenüber in besonderen Versammlungen die Notwendigkeit betont, der Entente keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Lage im Essener Bezirk

Essen, 29. Dezember.

Nach Mitteilungen der Eisenbahndirektion Essen war ein allgemeiner Streik bis zum Abend im Direktionsbezirk noch nicht festzustellen, auch lagen bindende Entscheidungen der Arbeiterschaft, die am nachmittag Versammlungen abgehalten hatte, noch nicht vor. Der Verkehr nach Köln konnte jedoch nur beschränkt aufrecht erhalten werden. Nach einer allerdings noch nicht bestätigten Meldung, haben dagegen **die Eisenbahnarbeiter in Dortmund den Ausstand beschlossen.**

Düsseldorf, 29. Dezember.

Die dem Deutschen Eisenbahnerverband angeschlossenen Eisenbahnarbeiter in Düsseldorf haben beschlossen, **morgen sechs Uhr in den Streik zu treten.** Die Besatzungsbehörde in Düsseldorf hat befohlen, daß die Arbeit weiter fortgesetzt wird. Die in anderen Verbänden organisierten Arbeiter scheinen gewillt zu sein, diesem Befehl zu entsprechen. Heute liefen noch sämtliche Züge von Köln, Essen und den anderen Städten, mit Ausnahme von Elberfeld, fahrplanmäßig ein.

Die Besatzungsbehörde arbeitet mit dem Belagerungszustand

Düsseldorf, 29. Dezember.

Der hiesige Deutsche Eisenbahner-Verband teilt mit: Die **Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission** sind heute zum Abschluß gelangt. Das Endergebnis war, daß die Delegierten des Deutschen Eisenbahner-Verbandes die Erklärung abgaben, **daß sie sich unter Protest der Gewalt der Besatzungsbehörde fügen würden.** Die Besatzungbehörde verlangt in den neubesetzten rheinischen Gebieten, die **Beachtung der Bestimmungen des Belagerungszustandes.** Die altbesetzten rheinischen Gebiete werden von dieser Anordnung der Besatzungsbehörde nicht betroffen und dort können somit die Eisenbahner unbehindert in den Streik treten, **die sämtlichen Knotenpunkte des Eisenbahndirektionsbezirks Elberfeld sind völlig stillgelegt, so daß jeder Verkehr unmöglich ist.**

•

Trotzdem nach allen bisher vorliegenden Meldungen die Lage im Westen außerordentlich ernst ist, lehnt die Regierung jede Verhandlung mit den Ausständigen ab. Wie eine bürgerliche Korrespondenz meldet, hat das Kabinett sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß das Vorgehen der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes als glatter Tarifbruch aufzufassen ist. Die Behörden wollen zunächst noch die weitere Entwicklung der Dinge im Westen abwarten, und es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß, falls nicht binnen kurzem die Arbeit aufgenommen werde, die tarifbrüchigen Arbeiter und die Beamten, soweit sie sich der Bewegung angeschlossen haben, fristlos entlassen werden. Wenn dieser Bericht den Tatsachen entspricht, so haben sich auch die rechtssozialistischen Mitglieder des Kabinetts dem scharfmacherischen Standpunkt des Verkehrsministers Groener und des Finanzministers Hermes angeschlossen. Man ersieht aus diesem Vorgang, wie wenig sich die Rechtssozialisten in der Regierung an die Ermahnung des „Vorwärts", des Zentralorgans ihrer Partei, kehren, daß die Regierung den kurzsichtigen Herr-im-Hause-Standpunkt schleunigst aufgeben solle.

Die Regierung konnte zu ihrer Stellungnahme offenbar nur deshalb kommen, weil die anderen Organisationen der Eisenbahnarbeiter und -beamten sich anschicken, den Streikenden in den Rücken zu fallen. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, eine gelbe Organisation, hat in ihrer gestrigen Vorstandssitzung beschlossen, die Bewegung in den Direktionsbezirken Elberfeld, Köln und Essen als wilde Bewegung anzusehen. Sie will erst das Ergebnis der im Januar zu erwartenden Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium abwarten, bevor sie eine Streikaktion unterstützt. Auch die christlichen Gewerkschaften erlassen einen Aufruf an die Eisenbahner, worin sie behaupten, daß der Deutsche Eisenbahnerverband versuche, durch Putsche den ganzen Eisenbahnverkehr lahmzulegen. Die gewerkschaftlichen Grundsätze seien nicht mehr beachtet, die zentralen Verhandlungen in Berlin nicht abgewartet worden.

Das ist eine Verdrehung der Tatsachen. Auch der Deutsche Eisenbahnerverband hat bis zum letzten Augenblick versucht, im Verhandlungswege die berechtigten Forderungen der Eisenbahner durchzusetzen. Das ist bisher an der Hartnäckigkeit der beteiligten Reichsbehörden gescheitert. Wenn die Erregung der Eisenbahner sich nicht mehr zügeln ließ und sie veranlaßte, in den Streik zu treten, so liegt die Schuld daran beim Verkehrs- und beim Finanzministerium. Es sieht freilich nicht so aus, als ob die Antistreikparolen der gelben und christlichen Organisationen auf die Eisenbahner Eindruck zu machen imstande sind. Wenn die Regierung eine schwere Erschütterung des Wirtschaftslebens verhindern will, so soll sie nicht den Streikbruch organisieren und Entrüstungskundgebungen erlassen, sondern dafür sorgen, daß der elenden Lage der Eisenbahnarbeiter und unteren -beamten durch die so dringend notwendige Verbesserung der Löhne und Gehälter abgeholfen wird.

•

Inzwischen hat sich die Streikbewegung nicht mehr auf den Westen beschränkt, sondern sie hat auf Berlin übergegriffen. Die Vertrauensleute der Berliner Eisenbahner haben gestern einstimmig beschlossen, in den Streik zu treten. Es ist anzunehmen, daß auch in den anderen wichtigen Verkehrsgebieten Deutschlands dieser Streikbeschluß Nachfolge finden wird. Es ist also höchste Zeit, daß die Regierung ihre Steifnackigkeit aufgibt und dem großen sozialen Kampf, der sich jetzt entsponnen hat, mit anderen als den übelsten scharfmacherischen Methoden beizukommen sucht!

Am Scheidewege

Von Bruno Gebauer
Mitglied des Danziger Volkstages.

Der Volkstag hat in zweiter Lesung den polnisch-danziger Wirtschaftsvertrag angenommen. Die Vertreter der Mehrheitsparteien sowie der Polen sprachen sich für Annahme des Vertrages aus, die Vertreter der sozialistischen Linken dagegen. Darauf erfolgte die Annahme des Vertrages mit 42 gegen 22 Stimmen.

Durch den Versailler Friedensvertrag ist der um die Stadt Danzig liegende Gebietsteil von rund 1888 Quadratkilometer Größe und 350 000 Bewohnern von Deutschland abgetrennt und zu einem souveränen Staatengebilde gemacht worden, um Polen einen freien und ungehinderten Zugang zum Meere zu verschaffen. Diesen Zwergstaat, welcher den Namen „Freie Stadt Danzig" führt, ist durch den Friedensvertrag von Versailles die Aufgabe zudiktiert worden, mit der Republik Polen ein Uebereinkommen abzuschließen, welches die wirtschaftlichen Rechte des polnischen Staates im Gebiet der Freien Stadt sicherstellt. Diese Konvention kam nicht durch freie Vereinbarung beider Staaten zustande, sondern wurde am 9. November des vergangenen Jahres in den hauptsächlichsten Teilen durch ein Diktat des Völkerbundes geschaffen, da beide Staaten in ihren Forderungen und Ansichten weit auseinandergingen.

Es war beiden Staaten aufgegeben worden, sich in einem Ausführungs- und Ergänzungsabkommen zu dieser Konvention über die Fragen der Rechtspflege, der Staatsangehörigkeit, Ein- und Ausfuhrfragen, Eisenbahn-, Post-, Schiffahrts-, Finanz- und Zollangelegenheiten zu einigen, widrigenfalls auch hier der Völkerbund einen Machtspruch fällen würde. Dieses Abkommen ist nach etwa neunmonatiger Beratung von den Vertretern der Danziger und polnischen Regierung unterzeichnet worden und liegt jetzt dem Danziger Parlament zur Ratifizierung vor. Einige Streitfragen, über welche sich beide Staaten nicht einigen konnten, wurden bereits durch den Danziger Oberkommissar des Völkerbundes entschieden. So sind z. B. durch diesen die Danziger Eisenbahnen Polen zugesprochen worden und die Eisenbahn-Hauptwerkstätte soll durch ein Konsortium von Danziger, Polen und Angehörige eines anderen Staates verwaltet werden. Den Eisenbahnen brauchen wir wirklich keine Träne nachweinen, nachdem die Rechte der dort beschäftigten Arbeiter und Beamten durch einen weiteren Entscheid des Danziger Repräsentanten des Völkerbundes gesichert worden sind. Wird doch durch den Entscheid des Oberkommissars dem Danziger Staat das große Defizit abgenommen, das die Eisenbahnen aufwiesen und welches im vergangenen Haushaltsjahr über 46 Millionen Mark betrug, bei einem Gesamthaushalt von 128 Millionen Mark.

Wir unabhängigen Sozialisten haben stets der Verständigung beider Staaten das Wort geredet, um so im Interesse der Freistaatsbevölkerung ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Staaten herzustellen. Die Hoffnung aber, durch dieses Wirtschaftsabkommen der Danziger Bevölkerung billige Lebensmittel zuführen zu können, ist inzwischen durch die riesige Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Polen arg zuschanden geworden. Was aus den mehr als neunmonatigen Verhandlungen herausgekommen ist, bedeutet nicht nur die vollständige Trennung von Deutschland, sondern den Zusammenbruch des Danziger Wirtschaftslebens, und die vollständige Verelendung der arbeitenden Kreise.

Bei Inkrafttreten dieses Abkommens, das zum 1. Januar 1922 geplant ist, wird Danzig gemäß des Artikels 103, Absatz 1, des Versailler Friedensvertrags, in das polnische Zollgebiet einverleibt und die Zollgrenze zwischen Danzig und Deutschland gezogen. Durch Inkrafttreten des polnischen Zolltarifs für das Gebiet der Freien Stadt Danzig soll die wirtschaftliche Verbindung Danzigs mit dem früheren Mutterlande Deutschland abgeschnitten werden, was durch die eminente Höhe des polnischen Zolltarifs vollständig erreicht wird. Angeblich um die noch junge Industrie in Polen zu schützen, sind in Polen hohe Schutzzölle eingeführt in der Hauptsache sollen aber dem Staat die notwendigen Einnahmen zum Unterhalt aus der Plünderung der breiten Massen durch Belastung des Konsums durch diese Schutzzölle verschafft werden, da man in Polen indirekte Steuern auf Lebensmittel und andere Bedarfsgegenstände in der Höhe, wie sie in Deutschland vorhanden sind, nicht kennt und dort auch nicht gut einführen kann. Es ist nun einmal feststehende Tatsache, daß die polnische Industrie nicht den Bedarf des eigenen Landes sicherstellen kann und somit Polen in vielem auf den Import von Bedarfsgegenständen angewiesen ist.

Trotzdem nach Angabe der Danziger Regierung über 500 Personen an dem Zustandekommen des Abkommens mitgewirkt haben sollen — worunter sich wohl kein Arbeitervertreter befand, — hat keiner von ihnen die Gefahren erkannt, welche der Freien Stadt Danzig und seiner Bevölkerung in diesem Abkommen hauptsächlich in den Zollbestimmungen erwachsen. Nachdem die Bestimmungen über das Zollwesen abgeschlossen waren, aber bevor das Abkommen von den Vertretern der beiderseitigen Staaten unterzeichnet wurde, hat die polnische Regierung durch

Verordnung vom 18. September 1921 den Goldzuschlag auf die tarifmäßigen Zölle von 14900 Prozent auf 39900 Prozent und für Luxuswaren von 19900 Prozent auf 79900 Prozent erhöht und so abgerundet den Multiplikator auf die tarifmäßigen Zölle von 150 auf 400 bzw. von 200 auf 800 erhöht. Bei Erhöhung des Goldzuschlages aber stand die polnische Mark auf 1,80. Inzwischen ist der Kurs der Polenmark um das Mehrfache gestiegen, dessenungeachtet sind die Goldzuschläge dieselben geblieben.

Es bedarf keines Nachweises, daß die arbeitende Bevölkerung bei der Verteuerung der Gebrauchsgegenstände um das Doppelte und Dreifache zu Einkäufen nicht mehr imstande sein wird. Die Folge der Einführung dieses Zolltarifes wäre verteuerte Lebenshaltung, vergrößerte Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Kämpfe auf der ganzen Linie, politische Kämpfe nach innen und außen. Die geringe Danziger Industrie wäre nicht mehr konkurrenzfähig und große Personaleinschränkungen im Handelsgewerbe würden eintreten. Schon jetzt ist eine gewaltige Preissteigerung durch den seit einigen Wochen eingetretenen Ausverkauf Danzigs erfolgt. Die Bevölkerung hat Angsteinkäufe in so großem Umfange getätigt, daß die Geschäfte alle ihre Läger geleert haben.

Jedermann wird nun die Frage aufwerfen: Wie konnte ein solches Abkommen unterzeichnet werden? Es wird aber gewiß verständlich werden, wenn hier mitgeteilt wird, daß der Vertreter der Danziger Regierung einer der größten Holzindustriellen des Ostens ist, dessen Geschäft durch die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze mit Polen nur noch mehr blühen wird. Seinen Dank hat dieser Danziger Senator von der polnischen Regierung schon dadurch erhalten, daß sie ihm das an der Freistaatsgrenze liegende Schloßgut Klein Katz mit seinen Kunstschätzen für einen Spottpreis zueignete. Ehemals ein armer Schlucker, hat dieser Herr es verstanden, sich als Kriegs- und Revolutionsgewinnler dermaßen zu betätigen, daß jetzt in parlamentarischen Kreisen sein Vermögen auf etwa 50 Millionen Mark geschätzt wird.

Die sozialistischen Fraktionen des Danziger Volkstages lehnen dieses Abkommen mit seinem die Arbeiterschaft in furchtbares Elend stürzendes Zollabkommen ab, der Bürgerblock will hinter verschlossenen Türen, im Ausschuß, wo die Vertraulichkeit beschlossen wird, die Mohrenwäsche abhalten, um so diese Angelegenheit nicht zu einer Prestigefrage für die Regierung werden zu lassen. Wir unabhängige Sozialisten fordern, und darin schließen sich die anderen sozialistischen Parteien an, die Ablehnung des Abkommens und Entsendung anderer Vertreter zu neuen Verhandlungen unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern.

Unterdessen spielt man in Warschau den Entrüsteten. Der jetzt abgelöste nationaldemokratische Sejmpräsident Trompczynski läuft mit seinem panslavistischen reaktionären Klüngel Sturm gegen das Abkommen, „da darin die Rechte Polens nicht gewahrt worden wären". Dieser Herr ging soweit, Danziger Pressevertretern zu erklären, daß in diesem Abkommen Danzig alle Rechte, Polen gar keine Rechte erhalten habe und bei einer anderen Gelegenheit erklärte er, daß es richtiger gewesen wäre, wenn Polen Danzig einfach annektiert hätte. Und wirklich gedenkt man auch in Warschau dieses Abkommen nicht zu unterzeichnen. Am 1. Januar 1922 soll das Abkommen in Kraft treten, der polnische Landtag wird sich aber in diesem Jahre mit der Ratifizierung des Abkommens nicht mehr befassen.

So schwebt die Danziger Arbeiterschaft schon seit zwei Jahren im Dunkeln, ungewiß, wie sich ihre Zukunft gestalten wird. Es wird wahr bleiben, was die Fraktion der U. S. P. im Volkstage bei Begründung der Freien Stadt erklärte, daß die vom Oberkommissar des Völkerbundes verkündete „Freiheit" nur eine bedingte sei und nur in fortwährenden politischen Kämpfen errungen werden könne.

Neue ungarische Uebergriffe. Ungarische Banditen drangen in der Nacht über die westungarische Grenze nach Oesterreich und zwangen einen Gutsbesitzer mit Gewalt zu Aussagen über österreichische Truppenbewegungen.

Englisch-französische Differenzen

Unstimmigkeiten in der U-Bootfrage

London, 29. Dezember.

Die Weigerung Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz, die Tonnage seiner U-Boote zu vermindern, erregt hier Aufsehen. Die Blätter heben einstimmig den schlechten Eindruck hervor, den diese Haltung auf die Vereinigten Staaten machen könne. „Daily Chronicle" schreibt, der eigensüchtige Militarismus Frankreichs habe einen großen Teil der Hoffnungen der Welt auf Verminderung der Ausgaben für Rüstungen zur See und auf Beseitigung der Gefahren des Rüstungswettbewerbs zum Scheitern gebracht. Frankreich habe in Washington genau dieselbe Rolle gespielt, wie Deutschland seinerzeit auf der Haager Konferenz. Frankreich sei in Deutschlands Fußtapfen getreten. Diese Frage berühre die Grundlagen des englisch-französischen Zusammenwirkens. Großbritannien könne unmöglich weitere finanzielle Opfer bringen, um Frankreich aus seiner mißlichen Lage herauszuhelfen, wenn Frankreich das so erhaltene Geld zum Bau von Unterseebooten gegen den Frieden der Welt verwende.

Auch die Washingtoner Berichterstatter englischer Blätter geben ihrem Bedauern über die Haltung Frankreichs Ausdruck. Der „Times"-Korrespondent schreibt, sicher habe Frankreich erkannt, daß die amerikanischen Sympathien für Frankreich eine Schwächung erfahren hätten, es habe jedoch diese Tatsache im voraus in Rechnung gezogen. Frankreich habe die Wahl zwischen einer Verminderung des amerikanischen Vertrauens und der Preisgabe einer Machtquelle, die es mit Erfolg bei Regelung der englisch-französischen Differenzen, die sich nicht mehr lange aufschieben ließen, zu verwenden hoffe. Wenn diese Ansicht von der Lage und der französischen Politik den Tatsachen entspreche, dann werde Frankreich die U-Bootsfrage in Cannes und nicht in Washington aufwerfen.

Der Berichterstatter der „Morning Post" weist auf die Möglichkeit hin, daß Frankreich versuchen könne, einen Ausgleich mit England über die gegenwärtig zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen herbeizuführen und dabei die Unterseebootsfrage als Druckmittel zu benutzen. Harding und Hughes seien sehr betroffen, daß Frankreich die Washingtoner Konferenz benutzen wolle, um europäische politische Fragen dabei als ein Handelsobjekt zu verwenden.

Anglo-französische Finanzkonferenz

EE. London, 29. Dezember.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Expreß" erfährt, daß die englischen Finanziers und Bankiers, die heute nach Paris gekommen sind, die Schaffung eines internationalen Finanzkonsortiums beantragen werden, das sein Kapital in allen Ländern aufbringen soll. Der Hauptzweck dieses Konsortiums soll sein, dem Handel aller Staaten Europas neuen Aufschwung zu bringen. Das Unternehmen würde Aufträge aus allen Ländern entgegennehmen und sie unter die verschiedenen Staaten zur Ausführung verteilen. Einer englischen Nachrichtenagentur zufolge würden die heute in Paris eingetroffenen Finanzleute nicht als Sachverständige auf der künftigen Wirtschaftskonferenz fungieren. Sie werden wahrscheinlich nichts anderes empfehlen, als das gewissen Unternehmungen Kredit in großem Umfange gewährt werde.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission

Paris, 29. Dezember.

Die Reparationskommission hat heute abend folgende Mitteilung ausgegeben: Die Reparationskommission hat heute nachmittag 4 Uhr, wie bereits angekündigt wurde, die Vertreter der deutschen Regierung, Staatssekretär Fischer, Ministerialdirektor Trendelenburg und Regierungsrat von Oertzen empfangen. Die deutschen Delegierten richteten an die Reparationskommission die Frage, ob sie es für nötig halte, eine sofortige Antwort auf den Brief vom 16. Dezember 1921 zu erhalten. Die Kommission antwortete, daß die deutsche Regierung allein über die Zweckmäßigkeit zu entscheiden hätte, die es für sie haben könne, auf den Brief der Reparationskommission vom 16. Dezember sofort oder später zu antworten. Jedoch könne die Forderung auf Zahlungsaufschub, die von der deutschen Regierung in ihrem Briefe vom 14. Dezember gestellt worden sei, von der Reparationskommission nicht geprüft werden, bevor sie nicht die in ihrem Briefe vom 16. Dezember angegebenen näheren Auskünfte erhalten habe. Die deutschen Delegierten baten alsdann die Reparationskommission, die weiteren Verhandlungen bis morgen oder übermorgen aufzuschieben.

Vor der Konferenz in Cannes

Paris, 29. Dezember.

Nach einer Havas-Meldung aus London, glaubt man dort, die Konferenz in Cannes werde wenigstens zehn Tage dauern. Es sei wahrscheinlich, daß die Konferenz der alliierten Minister des Auswärtigen, die ursprünglich in Paris stattfinden sollte, und die sich mit der Orientfrage befassen soll, mit der Konferenz in Cannes verbunden wird.

Nach Blättermeldungen wird die französische Delegation, die Briand nach Cannes begleitet, fünfzig Personen umfassen.

Optimismus in Sowjetrußland

OE. Terijoki, 29. Dezember.

Die Sowjetpresse bespricht die Londoner Verhandlungen zwischen Briand und Lloyd George und erwartet mit Bestimmtheit die Anerkennung der Sowjetregierung auf der Januarkonferenz des Obersten Rates, was sehr bedeutsame Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben haben müßte.

Entscheidung über die deutschen Werke

Berlin, 29. Dezember.

Amtlich wird der „Dena" mitgeteilt: Die Botschafterkonferenz hat am 28. Dezember ihre Entscheidung in Sachen der Deutschen Werke getroffen. Ihre Entschließung wird der deutschen Regierung durch die Interalliierte Kontrollkommission mitgeteilt werden. Bisher ist an zuständiger Stelle über den Inhalt der Entscheidung noch nichts bekannt.

Wie die „Telegraphen-Union" von unterrichteter Seite erfährt, ist die Entscheidung der Botschafterkonferenz in der Frage der Deutschen Werke tatsächlich gefallen. Die Note, die sehr umfangreich ist und die technischen und sonstigen Einzelfragen erschöpfend behandelt, wird zur Zeit noch von einem Ausschuß der Botschafterkonferenz paragraphiert und ergänzt. Im übrigen kommt das Schriftstück zu dem Schluß, daß die Entente nicht auf die Zerstörung, sondern auf einen Umbau der Deutschen Werke besteht, der die „Sicherheit und Garantie dafür bietet, daß die Deutschen Werke in Zukunft keinerlei Kriegsmaterial mehr herstellen können". Man glaubt, daß die Note spätestens am Sonnabend in Berlin eintreffen und noch am selben Tage der Oeffentlichkeit unterbreitet werden kann.

Stresemann als Internationalist

Uns wird mitgeteilt: „Der Reichstagsabgeordnete Stresemann hat den Versuch unternommen, eine sogenannte interparlamentarische Konferenz in Amsterdam zur Besprechung der Reparationsfrage zusammenzurufen. Eine Zusage von Ententeseite hatte er dazu, nämlich die eines einzigen englischen Parlamentariers. Auf Grund dieser Zusage hat Herr Stresemann sich an die Regierungsparteien gewendet und diese eingeladen, zu der Besprechung nach Amsterdam Vertreter zu entsenden. Diese Einladung ist ohne Wissen des Reichskanzlers Wirth und des Kabinetts erfolgt. Die Sozialdemokratische Partei hat die Einladung des Herrn Stresemann abgelehnt. Die Zentrumsführer beschäftigten sich gestern beim Reichskanzler mit dieser Frage; sie werden jedenfalls auch zu einer Ablehnung der Einladung kommen."

Der niederösterreichische Landtag beschloß einstimmig die Abtrennung der Stadt Wien von dem Lande Niederösterreich. Die Stadt Wien hatte bisher acht Zehntel der Steuern für das Land Niederösterreich aufbringen müssen.

Wladimir Korolenko

Von Rosa Luxemburg

Wir haben gestern bereits den Tod des berühmten russischen Dichters Korolenko gemeldet. Zur Würdigung seines Lebens und Wirkens geben wir nachstehend die prägnantesten Stellen aus der vorzüglichen Einleitung Rosa Luxemburgs zu Korolenkos „Geschichte meines Zeitgenossen" (Berlin, Verlag Cassirer) wieder.

. . . Korolenko ist eine durchaus poetische Natur. Um seine Wiege brauen dichte Nebel des Aberglaubens. Nicht des korrupten Aberglaubens der modernen großstädtischen Dekadenz, wie er z. B. in Berlin im Spiritismus, Kartenlegen und Gesundbeten unausrottbar sein Wesen treibt, sondern des naiven Aberglaubens der Volkspoesie, der so rein ist und würzig-duftend wie der freie Wind der ukrainischen Steppe und die Millionen wilder Schwertlilien, Schafgarben und Salvien, die dort in mannshohem Grase wuchern. In der gruseligen Atmosphäre der Gesindestube und des Kinderzimmers im Elternhause Korolenkos spürt man deutlich, daß seine Wiege in nächster Nachbarschaft von dem Zauberlande Gogols stand, mit seinen Erdgeistern, Hexen und dem heidnischen Weihnachtsspuk . . .

Mit 17 Jahren vaterlos und materiell ganz auf sich gestellt, geht er nach Petersburg, um sich in den Strudel des Universitätslebens und der politischen Gärung zu stürzen. Nach dreijährigem Studium am Technikum zieht er auf die Landwirtschaftliche Akademie in Moskau. Allein schon nach zwei Jahren werden seine Lebenspläne, wie bei so manchem seiner Generation, durch die „höhere Gewalt" durchkreuzt. Korolenko wird als Teilnehmer und Wortführer einer Studentendemonstration verhaftet, von der Akademie relegiert und nach dem Gouvernement Wologda im Norden des europäischen Rußlands verschickt, später zum Domizil, unter polizeilicher Aufsicht, nach Kronstadt entlassen.

Nach Jahren kehrt er nach Petersburg zurück, um wieder Lebenspläne zu bauen, erlernt hier das Schuhmacherhandwerk, um im Sinne seiner Ideale den arbeitenden Volksschichten näher zu treten und zugleich eine vielseitige Entwicklung der eigenen Individualität zu fördern, wird jedoch im Jahre 1879 abermals verhaftet und diesmal weiter nordöstlich, nach dem Gouvernement Wjatka, in ein ganz weltentlegenes Nest verschickt.

Auch damit findet sich Korolenko mit heiterer Laune ab. Er sucht sich in dem neuen Verbannungsort schlecht und recht einzurichten und betreibt fleißig sein neuerlernes Handwerk, um auf diese Weise auch seinen Unterhalt zu bestreiten. Doch die Ruhe sollte ihm nicht lange gegönnt werden. Plötzlich wird er ohne jeden ersichtlichen Grund nach Westsibirien überführt, von da wieder nach Perm, von Perm aber nach dem äußersten Osten Sibiriens.

Allein auch hier war seinen Wanderungen noch kein Ziel gesetzt. Im Jahre 1881 trat, nach dem Attentat auf Alexander II., der neue Zar Alexander III. auf den Thron. Korolenko, der inzwischen Eisenbahnbeamter geworden war, leistete zusammen mit dem übrigen Dienstpersonal den üblichen Eid an die neue Regierung. Dies wurde jedoch nicht für genügend erachtet. Er sollte auch als Privatperson, als „politischer Verbannter", den Treueid leisten. **Korolenko wies — wie alle anderen Verbannten — diese Zumutung** ab und wurde dafür nach den Eiswüsten des Distrikts Jakutsk verschickt.

Vier Jahre mußte Korolenko für seine Eidesverweigerung in einer elenden Niederlassung halbwilder Nomaden, am Ufer Aldans, eines Nebenflusses der Lena, mitten im sibirischen Urwald, bei Wintertemperaturen von 40 bis 45 Kältegraden, büßen. Doch alle Entbehrungen, Einsamkeit, die düstere Szenerie der Taiga, elende Umgebung, Abgeschiedenheit von der Kulturwelt, vermochten der geistigen Elastizität und dem sonnigen Temperament Korolenkos nichts anzuhaben. Er nimmt eifrig an dem kümmerlichen Leben und den Interessen der Jakuten teil, ackert fleißig, mäht Heu und melkt Kühe, im Winter verfertigt er für die Eingeborenen Schuhwerk oder auch Heiligenbilder . . . Ueber diese Periode des „Lebendigbegrabenseins", wie George Kennan das Dasein der Verbannten von Jakutsk nannte, berichtet Korolenko später in seinen Skizzen ohne Klage, ohne jede Bitterkeit, ja, mit Humor, in Bildern von zartester, poetischer Schönheit. Sein dichterisches Talent reift indessen und er sammelt eine reiche Beute an Natureindrücken und psychologischen Beobachtungen.

1885, endlich zurückgekehrt aus der Verbannung, die ihn mit kurzer Unterbrechung fast zehn Jahre seines Lebens gekostet hat, veröffentlicht er eine kleine Erzählung, die ihn mit einem Schlage unter die Meister der russischen Literatur reiht: „Makars Traum". In der bleiernen Atmosphäre der achtziger Jahre wirkte diese erste ganz reife Frucht des jungen Talents wie das erste Lerchenlied an einem grauen Februartag. In rascher Folge reihten sich nun weitere Skizzen und Erzählungen an: „Aufzeichnungen eines sibirischen Touristen", „Der Wald rauscht", „Dem Heiligenbilde nach", „In der Nacht", „Jom Kippur", „Der Fluß schäumt" und viele andere. Sie alle weisen dieselben Grundzüge des Korolenkoschen Schaffens auf: Zauberhafte Landschafts- und Stimmungsmalerei, liebenswürdige, frische Natürlichkeit und warmherziges Interesse für die „Erniedrigten und Enterbten".

Diese starke soziale Note in Korolenkos Schriften hat jedoch gar nichts Lehrhaftes, Streitbares, Apostolisches an sich, wie etwa bei Tolstoi. Sie ist einfach ein Teil seiner Liebe zum Leben, seines gütigen Naturells, seines sonnigen Temperaments. Bei aller Großzügigkeit und Weitherzigkeit der Ansichten, bei aller Abneigung dem Chauvinismus gegenüber, ist Korolenko durch und durch ein russischer Dichter, vielleicht der nationalste unter den großen Prosaikern der russischen Literatur. Er liebt nicht bloß sein Land, er ist in Rußland verliebt wie ein Jüngling, verliebt in seine Natur, in die intimen Reize jeder Gegend des Riesenreiches, in jedes schläfrige Flüßchen und jedes stille, waldumsäumte Tal, verliebt in das einfache Volk, seine Typen, seine naive Religiosität, seinen urwüchsigen Humor und seinen grübelnden Tiefsinn . . .

*

Korolenko und Gorki repräsentieren nicht bloß zwei dichterische Individualitäten, sondern auch zwei Generationen der russischen Literatur und der freiheitlichen Ideologie. Für Korolenko steht noch der Bauer im Mittelpunkt des Interesses, für Gorki, den begeisterten Adepten des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus — der städtische Proletarier und sein Schatten, der Lumpenproletarier. Während bei Korolenko die Landschaft der natürliche Rahmen der Erzählung ist, es bei Gorki die Werkstatt, die Kellerwohnung, das Asyl für Obdachlose.

Die grundverschiedene Lebensgeschichte gibt den Schlüssel zur Persönlichkeit beider Künstler. Korolenko, der in behaglichen bürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen ist, hatte in der Kindheit das normale Gefühl der Unverrückbarkeit, der Stabilität der Welt und ihrer Dinge, wie es allen glücklichen Kindern eigen ist. Gorki, teils im Kleinbürgertum, teils im Lumpenproletariat wurzelnd, in echt Dostojewskischer Atmosphäre brütender Schrecken, Verbrechen und Elementarausbrüche menschlicher Leidenschaften aufgewachsen, schlägt schon als Kind um sich wie ein gehetztes Wölflein und weist dem Schicksal seine spitzen Zähne. Diese Kindheit voller Entbehrungen, Kränkungen, Bedrückungen, im Gefühl der Unsicherheit, des Hinundhergeworfenseins, in nächster Nachbarschaft mit dem Bodensatz der Gesellschaft, schließt in sich alle typischen Züge aus dem Schicksal des modernen Proletariats. Und nur wer Gorkis Lebenserinnerungen *) gelesen, kann seinen wunderbaren Aufstieg aus dieser sozialen Tiefe zur vollen Sonnenhöhe moderner Bildung, genialer Kunst und einer wissenschaftlich fundierten Weltanschauung ermessen. Auch darin sind Gorkis persönliche Schicksale symbolisch für das russische Proletariat als Klasse, das sich mitten aus dem Rauhen und Krassen der äußeren Unkultur des Zarenreiches durch die harte Schule des Kampfes in erstaunlich kurzer Zeit von zwei Jahrzehnten zur geschichtlichen Aktionsfähigkeit emporgearbeitet hat. Sicher ein unbegreifliches Phänomen dies für alle Kulturphilister, die gute Straßenbeleuchtung, pünktlichen Eisenbahnverkehr und saubere Stehkragen für Kultur sowie fleißiges Klappern der parlamentarischen Mühlen für politische Freiheit halten.

Der starke Zauber der Korolenkoschen Poesie bildet zugleich ihre Schranke. Korolenko wurzelt ganz in der Gegenwart, im erlebten Moment, im sinnlichen Eindruck. Seine Erzählungen sind wie ein Strauß frischgepflückter Feldblumen; die Zeit ist ihrer fröhlichen Farbigkeit, ihrem köstlichen Duft nicht hold. Das Rußland, das Korolenko schildert, ist nicht mehr, es ist das Rußland von gestern. Die zarte, poetische, verträumte Stimmung, die über seinem Land und seinen Leuten liegt, ist vorbei. Sie hat schon vor einem, vor anderthalb Jahrzehnten der tragischen, gewitterschwülen Stimmung der Gorki und Genossen Platz gemacht, den schrillstimmigen Sturmvögeln der Revolution. Sie hat bei Korolenko selbst der Kampfstimmung weichen müssen. Ja ihm, wie in Tolstoi, siegte zum Schluß der soziale Kämpfer, der große Bürger über den Dichter und Träumer. Als Tolstoi in den achtziger Jahren anfing, sein sittliches Evangelium in einer neuen literarischen Form, in kleinen volkstümlichen Erzählungen zu predigen, wandte sich Turgenjew in einem flehenden Briefe an den Weisen von Jasnaja Poljana, um ihn im Namen des Vaterlandes zur Rückkehr in die Gefilde der reinen Kunst zu bewegen. Auch um Korolenkos duftige Poesie trauerten seine Freunde, als er sich mit Feuereifer in die Journalistik stürzte. Doch der Geist der russischen Literatur: das hohe soziale Verantwortlichkeitsgefühl erwies sich bei diesem begnadeten Dichter stärker sogar als die Liebe zur Natur, zum ungebundenen Wanderleben, zum poetischen Schaffen. Von der Woge der nahenden revolutionären Sturmflut mitgerissen, verstummt er als Dichter am Ende der neunziger Jahre immer mehr, um nur noch als Vorkämpfer der Freiheit, als geistiger Mittelpunkt der oppositionellen Bewegung der russischen Intelligenz seine Klinge blitzen zu lassen.

*) Maxim Gorki, „Kleine Kindheit" und „Unter fremden Menschen".

Der Uebergang nach Holland

Paul Hindenburg hat sich vor einiger Zeit veranlaßt gesehen, einen Brief zu veröffentlichen, den Wilhelm Hohenzollern im April dieses Jahres von Holland aus an ihn gerichtet hatte. In diesem Briefe unternimmt es der frühere Kaiser, seine Flucht nach Holland so darzustellen, als sei sie gegen seinen Willen und nur auf ausdrücklichen Wunsch seiner Ratgeber erfolgt, denen er sich lediglich deshalb gefügt habe, um Schlimmeres von seinem Vaterlande abzuhalten.

Im Zusammenhang damit versuchte Wilhelm Hohenzollern die Frage nach der Schuld am Weltkrieg aufzurollen, in dem er Gott und andere Heilige beschwur, immer nur den Frieden angestrebt zu haben; den Weltkrieg hätten lediglich die bösen Feinde, und zwar die ganz alleine auf dem Gewissen. Zum Beweis dafür stütze sich der Mann auf eine Schrift, die er in seinen Mußestunden zur Rechtfertigung seiner Politik und zur Vertuschung seines ungeheuren Schuldkontos geschrieben hat. Grund genug für die monarchistische Presse, ein Riesengeschrei anzustimmen: die Schuldlüge ist endgültig widerlegt. Die Flucht des Kaisers ist erzwungen worden. Der große Herrscher steht gerechtfertigt und gereinigt vor der Geschichte da!

Es ist nun bekanntlich das Recht eines jeden Angeklagten, so viel zu schwindeln, wie er will. Nur hat niemand die Pflicht, diesen Schwindel zu glauben. Schwindeln kann also selbstverständlich auch Wilhelm Hohenzollern, zu glauben braucht es ihm niemand. Diese selbstverständliche Logik wird denn auch von der überwältigenden Mehrzahl des deutschen Volkes geübt. Darob neue Entrüstung bei denjenigen, die sich an Wilhelms Gnadensonne erwärmen konnten und sich an ihr erneut erwärmen möchten.

Da gibt es z. B. in Deutschland einen „Bund der Aufrechten", bestehend aus Männern und Frauen, die gerne den Rücken wieder krümmen, Hurra schreien, Staffage Unter den Linden bilden, sich am Geburtstag einer Majestät betrinken möchten . . . ., und diese aufrecht Geknickten haben wegen des Briefes ihres sogenannten Kaisers extra eine Versammlung nach den Kammersälen einberufen, wo ihnen Graf Westarp einen Vortrag hielt. Dieser Graf prägte dabei den schönen Satz, daß der „Uebergang nach Holland nicht als feige Flucht, sondern als Dienst für das Vaterland zu werten sei". Die Versammelten waren ob dieser Deutung so gerührt, daß sie sofort einstimmig eine Resolution annahmen, sich von den Sitzen erhoben und stehend das — „Preußenlied" sangen.

Die Gesellschaft monarchistischer Schweifwedler kann in der Tat stolz sein, daß Wilhelm Hohenzollern der „Uebergang nach Holland" so vortrefflich gelungen ist, daß sich hintennach noch Legenden darüber erzählen lassen. Mancher arme Teufel hatte während des Krieges dieses Glück nicht. Er wurde entweder beim „Uebergang nach Holland" erschossen oder blieb tot an dem Hochspannungsdraht hängen, der längs der Grenze von Aachen bis zur Schelde gezogen war.

Schmählich ist die Haltung der sogenannten demokratischen Presse. Obwohl feststeht, daß der Brief an Hindenburg von diesem nur veröffentlicht wurde, um für Wilhelm Hohenzollern eine billige Reklame zu machen, bemüht sich diese täglich zweimal, Hindenburg in Schutz zu nehmen. Womit wieder einmal bewiesen ist, daß die Mehrzahl der heutigen Demokraten nicht einmal mehr vor einer Generalshoje den bekannten Männerstolz aufzubringen vermag.

Preußisches Allerlei

Unsere Genossen hatten im Preußischen Landtag die Anfrage gestellt, ob der preußischen Regierung bekannt sei, daß die Nachrichtenzentrale des Oberschlesischen „Selbstschutzes", die unter der Leitung des bekannten deutschvölkischen Putschisten Dr. Arnold Ruge stand, vor der beabsichtigten Haussuchung gewarnt wurde, so daß sie alles wertvolle Aktenmaterial rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte und die Durchsuchung somit ergebnislos verlaufen mußte. Die preußische Regierung hat auf diese Anfrage nunmehr eine Antwort erteilt. Es wird darin bestätigt, daß die geplante Polizeiaktion gegen die Nachrichtenzentrale deshalb nicht restlos durchgeführt werden konnte, weil der Selbstschutz von dieser Aktion Kunde erhielt. Es sei jedoch nicht erwiesen, daß diese Kunde dem Selbstschutz durch Beamte zugetragen wurde. Das ist eine salomonische Antwort, die aber nichts an der Tatsache ändern kann, daß die Warnung tatsächlich durch einen Beamten ergangen ist. Denn nur Beamte waren über die geplante Durchsuchung unterrichtet, mithin kann auch nur von diesen die Warnung ausgegangen sein. Wenn es der preußischen Regierung nicht gelungen ist, den Täter zu ermitteln, so beweist das nur die Unzuverlässigkeit der mit der Untersuchung betrauten Behörde.

* * *

Der rechtssozialistische Abgeordnete Bubert hatte die preußische Regierung befragt, ob ihr bekannt sei, daß der im Regierungsbezirk Osnabrück bestehende „Heimatbund Wittekind" nichts weiter sei als eine Fortsetzung der Orgesch. In ihrer Antwort muß die preußische Regierung zugeben, daß der „Heimatbund Wittekind" von dem Vorsitzenden der früheren Orgesch geführt wird, daß er Schießübungen abgehalten hat, allerdings nur mit Scheibenbüchsen, daß er aber im übrigen keine ungesetzliche Organisation sei, sondern eine Vereinigung, die lediglich wirtschaftliche, kulturelle und politische Ziele verfolge. Die rechtsstehende Presse ist mit dieser Antwort sehr zufrieden. Sie nennt den Abgeordneten Bubert, der aus Osnabrück stammt und seine Behauptungen sicher nicht aus der Luft gegriffen hat, einen Orgeschschnüffler, der sich durch den ihm parteigenössisch verwandten preußischen Innenminister Severing eine Blamage geholt habe. Die Tatsache, daß sich die Rechtspresse für den „Heimatbund Wittekind" so lebhaft ins Zeug legt, beweist zur Genüge, daß wir es hier mit einer militärischen Geheim- und Ersatzorganisation zu tun haben. Auch die famosen Arbeitsgemeinschaften wurden ja Monate lang als harmlose Organisationen bezeichnet. Bei den Kämpfen in Oberschlesien erschienen sie plötzlich als militärische Formationen, festgefügt, mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen reichlich versehen, auf der Bildfläche; aus den „friedlichen Landarbeitern" waren über Nacht kampferprobte Soldaten geworden. Das genügt zur Kennzeichnung jener Geheimorganisationen, die von den Rechtsparteien unter irgendeinem formalen Deckmantel gebildet werden und gegen die die Regierung angeblich „gesetzlich" nicht vorgehen kann.

* * *

Die vielseitige Betätigung des Herrn Professor Brunner hatte unsere Fraktion veranlaßt, die preußische Regierung zu fragen, wie denn die Besoldungsfrage des Herrn Brunner geregelt sei, ob er nur einmal, oder am Ende von zwei Behörden bezahlt werde. Das preußische Volkswohlfahrtsministerium hat jetzt geantwortet, daß Professor Dr. Brunner das Gehalt der Gruppe 11 der Besoldungsordnung für die planmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten nebst einer Entschädigung von jährlich 2400 Mark für die Tätigkeit als literarischer Sachverständiger beim Polizeipräsidium Berlin bezieht.

Die Entlassung des Leutnants Krull

Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit, daß die von uns gebrachte Nachricht von der Haftentlassung des Leutnants Krull zutreffend ist. Der Untersuchungsrichter habe auf Grund des Ergebnisses der Voruntersuchung die Entlassung des seit Ende Mai in Haft befindlichen Angeschuldigten angeregt und die Staatsanwaltschaft habe der Entlassung zugestimmt. Das Verfahren wegen Diebstahls gegen Krull werde indessen weiter geführt.

Wir meinen, daß das Verfahren wegen Diebstahls schon längst abgeschlossen sein könnte. Die achtmonatliche Untersuchungshaft hätte doch mindestens genügen müssen, um den bündigen Nachweis zu führen, daß Krull die Uhr der ermordeten Genossin Rosa Luxemburg gestohlen hat. Nachdem sich die Uhr in seinem Besitz befand, kann die Feststellung über den Diebstahl doch wahrhaftig keine allzu großen Schwierigkeiten machen. Wir werden den Fall Krull jedenfalls nicht aus dem Auge verlieren und dafür sorgen, daß er in der Oeffentlichkeit nicht vergessen wird. Hat die Staatsanwaltschaft schon daran gedacht, ob Leutnant Krull noch zu finden sein wird, wenn die Hauptverhandlung wegen Diebstahls gegen ihn angesetzt wird? Bei der vielseitigen Begabung des Leutnants Krull besteht der dringende Verdacht, daß er sich einer Verurteilung rechtzeitig durch Flucht entzieht. Wir werden ja sehen, wann der Prozeß wegen Diebstahls gegen ihn angesetzt wird und wie er ausgeht.

Ein Brief Lemcks

Was die „Rote Fahne" unterschlägt

Der Kommunist Alfred Lemck, der vor einigen Wochen in Berlin verhaftet worden ist wegen seiner Beteiligung am mitteldeutschen Aufstand, hat aus dem Untersuchungsgefängnis folgenden Brief an die „Rote Fahne" gerichtet:

Freitag, den 9. Dezember 1921.

An die Redaktion der „Roten Fahne".

In der Nr. 561 der „Roten Fahne" vom 8. Dezember wird über meine Verhaftung eine Darstellung gegeben, die geeignet ist, mich den Parteigenossen gegenüber als Spitzel hinzustellen. Die Redaktion der „Roten Fahne" weiß ganz genau, daß ich seit neun Monaten von der Polizei gesucht wurde. Sie ist weiter genau darüber orientiert, daß ich niemals in der Wohnung meiner Frau polizeilich angemeldet war. Wider besseres Wissen behauptet das nun die „Rote Fahne" und sagt weiter wörtlich: „Diese Tatsache ist bezeichnend für die Art und Weise, in der der neue Kommunistenprozeß eingeleitet wird."

Gerade dieser letzte Satz soll nun die Meinung erwecken, als ob ich mich mit stillschweigender Genehmigung der Polizei in der Wohnung meiner Frau aufgehalten habe und erst jetzt auf Grund der Veröffentlichung der Berichte im „Vorwärts" festgenommen sei. Das bedeutet, daß ich als Spitzel tätig gewesen sei und daß auf diese Art und Weise die Voraussetzungen für den neuen Kommunistenprozeß geschaffen werden sollen.

Ich protestiere auf das entschiedenste gegen diese verlogene Darstellung der „Roten Fahne", an der auch die angebliche Berichtigung in Nr. 562 der „Roten Fahne", die erst auf ausdrückliches Verlangen meiner Frau, nachdem dieselbe darauf hingewiesen hat, daß sie sich bei einer evtl. Ablehnung an eine andere Arbeiterzeitung wenden wird, nichts ändert.

Gemäß § 11 des Preßgesetzes ersuche ich um sofortige Berichtigung.

Mit Parteigruß gez. Alfred Lemck,
zur Zeit in Untersuchungshaft.

Diesen Brief hat die „Rote Fahne", wie der „Vorwärts" berichtet, ihren Lesern unterschlagen. Dafür konnte Eberlein, der Hauptschuldige, in zwei langen Artikeln die mitteldeutschen Arbeiter denunzieren, daß sie die Sprengungen und anderen Unfug allein, ja sogar auf ausdrückliches Abraten der kommunistischen Zentrale verübt hätten. Eine traurige Gesellschaft! Sitzen noch nicht genug Arbeiter, die im Märzputsch die kommunistischen Parolen befolgt haben, in den Zuchthäusern?!

Die Langeweile-Krisis

Man lernt nie aus, und wer gezwungen ist, den Fäulnisprozeß zu verfolgen, den die kommunistische Bewegung seit Monaten durchmacht, der stößt dort auf immer neue Erscheinungen. Bisher haben wir von Linken und Rechten, von Zentristen und Otsowisten, von Menschewisten und Serratisten, von Verrätern und Liquidatoren, von Offensivtaktik und Levitismus, von hundert ähnlichen Dingen kommunistischer Geistesverfassung gehört. Das neueste auf diesem Gebiet ist die Langeweile-Krisis, die die Kommunistische Partei in Frankreich augenblicklich durchmacht. In der „Roten Fahne" berichtet Vaillant-Couturier über die Vorgänge, die dem augenblicklich stattfindenden Parteitage vorangingen. Man erfährt, daß die Zentrale ohne Methode und bestimmte Direktiven gearbeitet habe:

„Da sie sich von den ersten Tagen an auf die Grundlage der Einmütigkeit gestellt hatte, hat sie immer nur unentschiedene Mittel und zwiespältige Lösungen für die Fragen gefunden, die sich ihr aufdrängten. Jeder bemühte sich, ob nun mit Recht oder mit Unrecht, die Ecken und die Kanten seiner eigenen Auffassung zu mildern und abzuschleifen.

Aus dieser Schmiegsamkeit der Parteileitung bei den kleinen Dingen und ihrem ständigen Versöhnungswillen ist eine Art Lethargie der Gesamtpartei erwachsen. Eine ungenügende Auslegung der Beschlüsse des Moskauer Kongresses hat die Tiefe dieses Uebels nur noch verschärft, und zwar so, daß angesichts der Langeweile-Krisis, die sich der einzelnen Ortsgruppen bemächtigte, die überraschendsten Kombinationen auftauchen und sich entwickeln konnten. Es ist in der Tat außerordentlich gefährlich für die Partei, daß sie in ihrer Zentralleitung am Tage nach dem Abend, wo ihr bedeutende Vollmachten zugefallen waren, eine wirklich regierende Parteileitung findet."

Soweit man aus diesem Kauderwelsch klug wird, wird der Zentrale zum Vorwurf gemacht, daß sie die Einheit der Partei aufrechterhalten und neue Spaltungen vermeiden wollte. Damit hat die Zentrale in der Tat eine schwere Schuld auf sich geladen, und daher darf es nicht Wunder nehmen, wenn der jetzige Parteitag neue Leute in sie hineinwählt, die etwa nach dem Vorbilde zu arbeiten hätten, das die deutsche Eberlein-Zentrale geliefert hat. Der Artikelschreiber berichtet weiter, daß es drei Richtungen in der französischen Kommunistischen Partei gibt; vielleicht sind es noch mehr, man kann das aus den Darlegungen des französischen Korrespondenten nicht genau erkennen. Da sind „gewisse Leute", die immer noch in der sozialdemokratischen Atmosphäre" stecken. Dann die Linke: sie wollte „kommunistischer sein als der Kommunismus selbst" und ist schnell in dieselbe Verschrobenheit wie die Rechte verfallen". Schließlich sei die Linke in einem „föderalistischen Anarchismus" verlaufen. Wir hören dann folgendes Gesamturteil:

„Die französische Partei mit ihrer ruhigen Entwicklung kann in der Tat nicht mit demselben Maßstabe gemessen werden, wie die übrigen Parteien. In ihr haben die Begriffe „Linke", „Rechte" und „Zentrum" eine ganz andere Bedeutung. Ihr eingefleischter Nationalismus, ihr Mangel an Disziplin und ihre große Unwissenheit auf dem Gebiete der Theorie machen ihr Fortschreiten auf der Bahn des Kommunismus beschwerlich, sofern sie nicht ständig durch die feste, aber geschmeidige Hand der Internationale geführt wird."

Es wird also der Moskauer Exekutive nichts anderes übrig bleiben, als ihren Bela Khun oder andere Turkestaner nach Frankreich zu schicken, damit dort endlich die Langeweile-Krisis überwunden und der Kommunistischen Partei Frankreichs jener herrliche Geist der Offensivtätigkeit eingeflößt wird, der die kommunistische Bewegung in Deutschland so auszeichnet.

Im Ernst gesprochen: Ist es nicht ein beschämendes Zeichen von dem Tiefstand eines Teiles der Arbeiterbewegung, daß sie sich noch immer diese Methoden politischer Quacksalberei und sinnlosen Sektierertums gefallen läßt?

Einschränkung der Freiheitsstrafen

Im Reichsgesetzblatt wird das Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebiets der Geldstrafen und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen veröffentlicht, das der Reichstag am 21. Dezember beschlossen hat. Das Gesetz wird am 1. Januar 1922 in Kraft treten. Seine wesentlichen Bestimmungen besagen:

Der Höchstbetrag der Geldstrafen, die bei Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen angedroht sind, wird auf das Zehnfache, bei Verbrechen oder Vergehen aber auf mindestens 100 000 M. erhöht. Ist für ein Vergehen, für das nach den bestehenden Vorschriften Geldstrafe überhaupt nicht zulässig ist, eine Freiheitsstrafe von weniger als drei Monaten verhängt, so wird an Stelle der Freiheitsstrafe auf Geldstrafe bis zu 150 000 M. erkannt, wenn der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden kann. Ist die Geldstrafe nicht beizutreiben, so tritt die verwirkte Freiheitsstrafe an ihre Stelle. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters sind bei der Festsetzung der Geldstrafe zu berücksichtigen. Das Gericht kann einem Verurteilten auch eine Zahlungsfrist bewilligen oder gestatten, die Geldstrafe in bestimmten Teilbeträgen abzuzahlen. Diese Vergünstigungen kann das Gericht auch nach dem Urteil bewilligen, sie können aber wieder rückgängig gemacht werden, wenn der Verurteilte die Teilzahlungen nicht pünktlich leistet, oder wenn sich seine wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert haben. Ist vor dem Inkrafttreten des Gesetzes wegen eines Vergehens, wegen dessen nach den bestehenden Vorschriften auf Freiheitsstrafe erkannt werden mußte, eine Freiheitsstrafe von weniger als drei Monaten verhängt worden, so kann das Gericht dem Verurteilten auf seinen Antrag gestatten, die Freiheitsstrafe durch Zahlung einer Geldstrafe bis zu 150 000 M. abzuwenden.

Unsere Genossen haben sich im Reichstag energisch bemüht, das Gesetz zugunsten der Angehörigen der besitzlosen Klasse zu verbessern, sie sind aber damit nicht durchgedrungen. Wenn auch die Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen zweifellos einen Fortschritt darstellt, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß bei der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterklasse die meisten Verurteilten einfach nicht in der Lage sein werden, die Geldstrafe aufzubringen, und diese werden demnach trotz des Gesetzes gezwungen sein, Bekanntschaft mit den Gefängnismauern zu machen. Der Vorteil dieses Gesetzes kommt also in erster Linie den Angehörigen der besitzenden Klassen zugute.

Neuregelung der Lohnpfändung

Durch zwei unter dem 23. Dezember 1921 vollzogene Gesetze (Gesetz betr. Aenderung der Verordnung über Lohnpfändung und Gesetz über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen) erfahren die bestehenden Pfändungsbeschränkungen eine wesentliche Erweiterung. Während dem Lohnangestellten bisher, je nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein unterhaltsberechtigter Angehöriger, jährlich 5000 bzw. 4000 Mark und von dem überschießenden Betrage für seine Person ein Fünftel und für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen ein Zehntel bis höchstens sechs Zehntel und keinesfalls mehr als 9000 Mark (bzw. 6000 Mark bei einem nichtunterhaltspflichtigen Schuldner) verblieben, sind in Zukunft 12 000 Mark schlechthin und von dem Mehrbetrage ein Drittel und bei Vorhandensein unterhaltsberechtigter Angehöriger für jeden derselben ein Sechstel bis höchstens insgesamt zwei Drittel der Pfändung entzogen. Die bisherigen absoluten Höchstgrenzen fallen fort; bei Lohneinkommen von mehr als 50 000 Mark tritt allerdings insofern eine Beschränkung ein, als dem Schuldner von dem diese Summe übersteigenden Teil seines Einkommens ohne Rücksicht auf seine Unterhaltsverpflichtungen immer nur ein Drittel verbleibt. Bei den Beamtengehältern ist die absolute Pfändungsgrenze ebenfalls auf 12 000 Mark erhöht. Von dem diese Summe übersteigenden Betrage sind nach wie vor zwei Drittel pfandfrei. Ferner sind wie bisher die Teuerungszulagen und außerdem nunmehr auch die Kinderbeihilfen der Pfändung entzogen.

Das Gesetz über die Lohnpfändung tritt am 1. Januar, das über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen am Tage der unmittelbar bevorstehenden Verkündung im Reichs-Gesetzblatt in Kraft.

Die Beamtenbesoldung

W. T. B. teilt mit: „Die in der Presse verbreitete Behauptung, der Reichsfinanzminister habe in seinem vom 1. Dezember datierten Schreiben an den Deutschen Beamtenbund jegliche Verhandlungen über eine Erhöhung der Dienstbezüge abgelehnt, ist durchaus unzutreffend. Lediglich die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes und der Spitzenverbände vom 3. Dezember, die einen Mehraufwand von 50—60 Milliarden jährlich bedeuten, wurden als unannehmbar bezeichnet und eine Verhandlung auf dieser Grundlage abgelehnt. Dagegen erklärte sich der Reichsfinanzminister, wie es wörtlich in dem Schreiben heißt, stets bereit, geeignete Vorschläge als Grundlage für Verhandlungen entgegenzunehmen."

Diese Mitteilung ändert an der Sachlage gar nichts. Wenn der Reichsfinanzminister nur über „geeignete Vorschläge" verhandeln will, so bedeutet das nichts anderes, als daß er den Beamten das bewilligen will, was ihm als richtig erscheint. Im gewöhnlichen Leben nennt man das nicht mehr verhandeln, sondern diktieren.

Traugott von Jagow. Ihre Flucht, an der die Festungsverwaltung Gollnow völlig unbeteiligt ist, verzögert sich noch ein bißchen. Es handelt sich um eine kleine Paß-Schwierigkeit, die hoffentlich sehr bald behoben sein wird. Glückliche Reise! Und grüße mir Vogel. — So zu lesen in der neuesten Nummer der „Weltbühne". Die kleine Notiz ist sicher mehr als ein bloßer Scherz.

Panik in einer belgischen Fabrik. Donnerstag morgen verursachte das Platzen eines Dampfrohres unter den Arbeiterinnen einer Kartonnagenfabrik in Verviers bei Lüttich eine allgemeine Panik. Ungefähr 30 junge Mädchen und Frauen waren im ersten Stock beschäftigt, als plötzlich das Dampfrohr platzte. Die meisten Arbeiterinnen wurden durch den Dampf verbrannt; bis jetzt sind 15 Todesopfer gezählt.

Unser

Inventur-Ausverkauf

beginnt

Montag d. 2. Januar

Jandorf

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Keine Zauberei!

Aus Cocosnuss fabrizieren wir Cobu.

Fordern Sie „Cobu", Cokos-Pflanzen-Butter-Margarine

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F. A. Jssersfedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÖRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56. Fernspr.: Steinpl. 4848 u. 12144

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
Zum 1. Mai: Der fahrende Schüler
Pl.: Bannt den Teufel. Der gestiefelte Kater

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
Pl. u.: Die Wildente

Residenztheater.
Opernhaus
8½ Uhr: Hilda (letzter Abonnement)
Schauspielhaus
7½ U.: Lenore und Leon. Der Diener zweier Herren

Wm. Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen

Kammerspiele
8 U.: Der Hühnerhof

Großes Schauspielhaus
Geschlossen

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
Moskauer Künstlertheater
7½ Brüder Karamasow

Komödienhaus:
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue (Gläßner, Richard, Engl, Lindel, Lieske, Dornburg)
Mittwoch zum 1. Mai:
Karussell
Maria Orska, Johannes Riemann, Georg Alexander.

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arth. Roberts, Papi Jarmo, Herb. Ritter

Komische Oper
7½, abends 7½
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7½, U.: Biederleute
Vorher: Das Röckchen von Elisabeth

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Jung muß man sein

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das weite Land
Irene Triesch, Ernst Kurt

Trianon-Theater
7½ Uhr:
Nimmere sich um Amalie

Kleines Theater
8½ Uhr: Jaquesline
Gerda Teelle, Falkenstein

Casino-Theater
Der Weg zum Glück
Sonntag 3½ Uhr:
Martins Abenteuer

Theater am Nollendorfplatz
Die Ehe im Kreise

Wallner-Theater
Täglich 7½ Uhr
Spitzenkönigin

Apollotheater
Friedrichstraße 213
Unter persönlicher Leitung d. Kampfreiters
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Mpl. 10077
Tägl. 7½, U. u. Stg. nach 3 U.
Elite-Sänger Sittigen-Rowa.
Vok. 11-1½ u. 4-6

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Das Paradies der Witwenbälle
Nur Rundtänze

Metropol Theater
Rohrenstraße 14
Sonnabend, den 31. Dezember, abends 8 Uhr:
Berlins lustigste Silvester-Feier
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.

Alhambra
Variété am Moritzplatz
Silvester-Festvorstellung mit Ball

Fröhlicher Silvester
im
Etablissement Zielka
Friedrichstr. 50-60, Ecke Leipziger Str.

Ein **frohlauniger**, in jeder Hinsicht **stimmungsvoller** Silvester wird in dem **ganzen großen Etablissement Zielka** veranstaltet. Im **Café** werden **sämtliche Säle** der frohen Unterhaltung dienstbar gemacht. Der jetzt in **besonderer Schönheit** erstrahlende, so intime **Margaretensaal** wird seine eigene unterhaltende Besonderheit haben. Eine **große** Schar brillanter **Künstler** wird mit einem **Riesenprogramm** für beste Laune und reiche Abwechslung sorgen. In den Sälen der **zweiten Etage** des Etablissements aber ist dem Publikum ein **besonderes Amüsement** vorbehalten. Bestellungen auf Tische und Plätze werden im Café Zielka entgegengenommen. — — — — — — — —

Zoo Palast
Heute letzter Tag
8 Uhr Persönliches Auftreten Sylvester Schäffer sowie der grosse Variété-Spielplan
Vorverkauf 11-2

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Heute
Persönl. Auftreten
Paula Busch
im gewalt. lachenden Riesen-Jubiläumsstück
Die Schlange d. Dschungels „Emore", die Schlangenkönigin m. lebend. Riesenschlange
Vorher: Das grosse Circus-Programm
Sonntag nachm. 30.: Wiederholung der bei jung und alt mit riesigem Beifall aufgenommenen Weihnachts-Pantomime Klein Gotthold als Robinson Crusoe
Vorverk. Wertheim u. Circuskasse

Auf Teilzahlung.
Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rollendorfstr. 22 a, Nähe Nollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Damenmäntel
Eigene Herstellung — Kein Zwischenhandel
Restbestände des Winterlagers
Nur Reinwollene Mäntel
350—650 Mark
Hugo Sommerfeldt
Niederwallstraße 22, Hof part. rechts

Dukaten-Gold 900 gest.
14 karat. Gold 585 gest.
8 karat. Gold 333 gest.
Stück von 36.00 Mark
Trauringe
billiger
Stets vorrätig am Lager
Trauringfabrik Minoga
Berlin O, Grüner Weg 69
1. Filiale: Dresdener Str. 21
2. Filiale: Schönhauser Allee 88.

Garderoben
für Herren: Anzüge, Hosen, Schlüpfer, Raglans, Paletots
für Damen: Mäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Capes
auf
Teilzahlung
Grebler, Weinbergsweg 4

Die Sozialistische Genossenschaft
Halbmonatsschrift für alle Genossenschaftsorten
Bezugspreis vierteljährlich M. 12.– durch d. Post
Verlag „Sozialistische Genossenschaft", Gera-R.

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen**
beseitigen 1/2 Stunde Sie in nur mit Eckolda (o. Rückst. herzustellen)
100 000 sind zufriedengestellt.
Ueber den Erfolg werden Sie staunen.
Verlangen Sie nur Eckolda Fabr. Eckolda-Werke, Essen
Zu haben in den Drogerien: Berlin N: Amann, Invalidenstr. 33; Humboldt-Drog., Brunnenstr. 94; H. Knappe, Reinickendorfer Str. 65; Kraß, Reinickendorfer Str. 119; H. Lange, Brunnenstr. 187; E. Lutzig, Schönhauser Allee 56; Residenz-Drogerie, Chorinerstr. 23; O. Kirschke, Rathenstr. 2; Brüsseler Drogerie, Brüsseler Str. 46; O. Kanzler, Müllerstr. 152 a. Vorspolpl.; H. Schweitzer, Oranienburger Str. 69; NW: A. Ockert, Waldenserstr. 18; Drogenhaus Moabit, W. A. Berg, Alt-Moabit 63, gegenüb. Jungenderfstr.; O: E. F. Neumann, Stralauer Straße 28; Penger, Neue Promenade 7 (Nähe Bahnhof Börse); O: Andreas-Drogerie, Kleine Andreasstr. 12; Glocken-Drog., Lottumbrücker Straße 63, a. Bettenpl.; Hubertus-Drog., Ebertystraße 48; Pietsch, Erbacher Straße 7; S: G. Lehrke, Kottbuser Damm 81/82; SO: E. Berger, Brückenstr. 12; Central-Drogerie und Sanitätsbazar des Südostens, Dresdener Str. 14; Drogenhaus A. Curassa, Grenzstr. 21; E. Berger, Brückenstr. 12; SW: E. W. Weiersch, Mücherstr. 1; Charlottenburg: Stephan-Drog., Wilmersdorfer Straße 156; Lichtenberg: F. Heinrich, Frankfurter Allee 257; Neukölln: Zentral-Drog., Boddinstr. 65; Pankow: Georg Gerge, Breite Straße 40; Schöneberg: Drogenhaus Oswald Schäfer, Akazienstr. 4; Steglitz: Drogerie und Parfümerie Gray, Albrechtstr. 11; Tegel: H. Farchmin, Berliner Straße 83; Tempelhof: Gebr. Bittner, Berliner Straße 90

Zeißfeldstecher
6- und 8-fach, deutsch fabrikmäßig
M. Stockelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9289)

Silvester-Scherze.

Scherzkarten mit Sprüchregen oder Schlange, 1 Mark. Zauberzylinder 60 Pf. Verlosungsorakel 3 M. Blumenbombe 1 u. 1.50. Knall-Anlageld 20 Pf. Sprechende Kerzen 2 M. Blick in die Zukunft 1 Herr od. Dame 5 M. Lebende Kaus 1 M. Erlebnisse im Lunapark 1.50. Das ultimative Riesenpapier 3 M. Tänzerin auf der Zigarrenspitze 3 M. Schreckschokolade, Pralinen, Butter 2 M. Glückwünsch Ditz 3 M. Gesellbonbon Ditz von 2 M an. Feuerwerk, Luftballons, Mützen, Fächer, Confetti, Papierschlangen. Billigste Quelle für Wiederverkäufer.
A. Maas & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84
an der Lindenstraße. Moritzplatz 3672. Gegr. 1890.

Billig
Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider
STREHLOW
Treskowstr. 21
am Wörtherplatz.

Gold - Silber - Platin
Tachen und Bruch
Quecksilber, Feldspäte
kaufen zu hohen Kurs
Ratzloff & Zimmer
Linienstraße 93

Altmetalle
unüberbietbare Preise zahlt Gedstr. 34, Hof

Metallankaufsstelle Osten,
Grüner Weg 90
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstr.

Parzellen
in Heiligensee
bei Tegel. Preiswert, sehr gut. Boden, geringe Anzahl. Abschlag gestattet.
Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin, Schiffbauerdamm 28. Telph. Norden 916. Auskunft: In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Schumann, Rothkäppchen, Kleischaller, a. d. Treffpunkt Tegel-Heiligensee elektr. Bahn.

Meine Flechte
für deren Beseitigung mir von Aerzten alle möglichen Mittel verschrieben wurden, die aber nichts halfen, ist jetzt durch Reichelts Flechtenbalsamseife
verschwunden
So schreiben viele.
M. 12.50
Otto Reichel, Berl. 46, SO., Elisabethstr. 4

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition Wuzky
Chorinerstraße 68

Spedition Lachmann
Stargarder Straße 13

Spedition Wengels
O, Cadiner Straße 11

Spedition Kolbe
O, Weberstraße 25

Spedition Jordan
Dresdener Straße 24

Spedition Reisewitz
Lichtenberg, Taodorser Str. 25
für größere Touren.

Spedition Stimming
Lichtenberg, Weichselstraße 28

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln
Kassenlokal Weichselstr. 8 (Ideal-Passage Nr. 12)

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden hiermit zu der
außerordentlichen Ausschuß-Sitzung
am Montag, den 9. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Kassenlokal Ideal-Passage Nr. 11, II. Etage, eingeladen.

Tagesordnung:
1. Berichterstattung über die Verhandlungen des Kassenverbandes mit dem Groß-Berliner Ortsverband über Einführung der Familienversicherung und Beschlußfassung darüber.
2. Verschiedenes.

Der Kassenvorstand
Heise, Vorsitzender.

Neukölln, den 28. Dezember 1921.

Zur Beachtung! Die den Herren Vertretern zugesandte Einladung gilt als Legitimation und ist bei im Eingang in die Versammlung zwecks Eintragung in die Anwesenheitsliste vorzuzeigen.
Anträge und Beschwerden, bei denen die Einsichtnahme in die Akten erforderlich ist, sind spätestens drei Tage vor der Versammlung dem Kassenvorstand schriftlich mitzuteilen.

Stettiner Consum- u. Sparverein
Eingetr. G. m. b. H.
Wir suchen einen in der Kolonial- und Materialwarenbranche erfahrenen
tüchtigen Herrn
als besoldetes Vorstandsmitglied. Der Verein hat 31 Verkaufsstellen und ca. 30 Mill.-mark Umsatz. Bewerber müssen im Groß- und Kleinhandel Erfahrung besitzen. Nur Herren, die bereits erfolgreich auf diesem Gebiete tätig waren, können Berücksichtigung finden. Angebote mit Lebenslauf und Nachweis ihrer bisherigen Tätigkeit sind an unserm Vorsitzenden des Aufsichtsrates, A. Hantsch, Stettin, Schillerstraße 10, bis zum 31. Januar einzusenden.

Volksfürsorge
Angestellten-Versicherung

Die Frist zur Nachversicherung für die von der Beitragspflicht Befreiten läuft am 31. Dezember ab.

Wer noch keinen Erhöhungsantrag gestellt hat, wende sich daher sofort an die

Rechnungsstelle 1
Engelufer 28 pir.
(Bureauzeit Freitag 5-7, Sonnabend 8-3 Uhr)

oder an die Organisationsleiter:
August Bläsing, Lichtenberg, Wühlischstr. 26 / Richard Lohmeyer, N 37, Griebenowstr. 7.

Weitere Adressen von Vertrauensleuten sind auf Fernruf Moritzplatz 2997 zu erfragen.

Jeder Genosse
kommt einmal in die Lage
:: inserieren zu müssen ::
Denke dann an die „Freiheit"

Der Sturmlauf gegen den Mieterschutz

Die Erhöhung der Mietzuschläge

Vor einiger Zeit hatten sich die Bestrebungen der Hausbesitzer, zunächst eine Erhöhung der Zuschläge zur Friedensmiete und weiterhin einen Abbau der Mieterschutzbestimmungen überhaupt zu erreichen, zu einem Vorstoß der Hausbesitzerpartei, der wirtschaftlichen Vereinigung, im Berliner Stadtparlament verdichtet. Die Wühlereien der Hausbesitzer hatten Erfolg; wenn auch nicht im Stadtparlament, so doch hinter den Kulissen. Am 5. Dezember trat der dem Magistrat beigegebene Ausschuß zur Festsetzung der prozentualen Zuschläge zur Beratung zusammen, und am 7. Dezember beschloß der Magistrat die Erhöhung der Zuschläge für Wohnungen auf 70 Prozent und für gewerbliche Räume auf 90 Prozent, mit verschiedenen Modifikationen.

Der § 1, Absatz 2, der Höchstmietenverordnung vom 9. Dezember 1919 sieht vor der Steigerung der Zuschläge die Beratung eines aus der Mitte des Gemeindeparlaments zu wählenden Festsetzungsausschusses vor, der aus je fünf Vermieter- und Mietervertretern bestehen soll. Dieser Ausschuß besteht auch in Groß-Berlin; im vorliegenden Falle gehörte ihm aber der deutschnationale Stadtverordnete Dr. Steiniger als Mietervertreter an, während der Herr beruflich eine hervorragende Stellung im Schutzverband für deutschen Grundbesitz bekleidet. Von einer Beratung im Sinne des Gesetzes und nach dem Willen des Gesetzgebers kann also gar keine Rede gewesen sein, denn Herr Dr. Steiniger, der nicht das Taktgefühl gezeigt hat, selbst als befangen zurückzutreten, wird bestimmt nicht gegen die Organisation gehandelt haben, deren Interessen er berufsmäßig wahrzunehmen verpflichtet ist.

Aber nicht nur die Zusamensetzung des Ausschusses ließ eine objektive Prüfung der Frage nicht erwarten, nein, der Magistrat hat es auch abgelehnt, und zwar in der denkbar unhöflichsten Form, die Mieterorganisationen zu der Angelegenheit zu hören. Schließlich berührt doch jede Neuregelung der Mietzuschläge die wirtschaftlichen Interessen der gesamten Mieterschaft, die doch 95 Prozent der Berliner Bevölkerung ausmacht; die Erhöhung der Mietzuschläge bedeutet jedesmal eine harte Belastung der Arbeiterschaft, der unteren Beamten, der Sozialrentner, der Arbeitslosen. Es wäre also eine Selbstverständlichkeit gewesen, die Mieterorganisationen zu hören; statt dessen ist der Magistrat mit dem Gau Berlin des Bundes Deutscher Mietervereine folgendermaßen verfahren:

Seit mehreren Monaten hat diese Organisation (neben anderen Mieterverbänden) den Magistrat gebeten, ihr über die Lage der Verhältnisse und die beabsichtigten Maßnahmen Auskunft zu geben, ihr das vom organisierten Hausbesitz vorgelegte Material zugänglich zu machen, sie vor der Beschlußfassung anzuhören. Die Organisation erhielt nicht einmal eine Antwort. Erst auf ein an den Oberbürgermeister persönlich gerichtetes Schreiben vom 29. November erhielt der Mieterbund eine Antwort vom 2. Dezember, in der die erfolgte Wahl des Festsetzungsausschusses mitgeteilt und sein Zusammentreten für den 5. Dezember angekündigt wurde. Alle Forderungen der Mieterorganisation, die eine Vertretung der Interessen der Mieterschaft möglich gemacht hätten, wurden rundweg abgelehnt. Auf ein sofort abgesandtes Protestschreiben der Mieterorganisation vom 4. Dezember gab der Magistrat wiederum keine Antwort; statt dessen erfolgte am 7. Dezember der bekannte Beschluß auf Erhöhung der Zuschläge auf 70 bis 90 und 120 Prozent.

Es ist wohl der mildeste Ausdruck, wenn man das Verhalten des Magistrats als eigenartig bezeichnet. Wenn auch in der H. M. V. eine Mitwirkung der Mieterorganisationen nicht vorgesehen sind (diese sind später als das Gesetz entstanden), so zeigt doch die Absicht des Gesetzgebers, daß an eine Mitwirkung der Mieter gedacht ist. Wenn also der Magistrat nicht aus Eigenem zu der selbstverständlichen Auffassung kam, daß die großen Mieterorganisationen vor einer so einschneidenden Maßnahme, die die Lebenshaltung weiter Bevölkerungskreise empfindlich belastet, so hätte ihn der Charakter der Verordnung und die Zusammensetzung des Ausschusses, in dem die bekannten Hausbesitzerführer Ladendorff und Bissing, aber kein organisierter Mietervertreter saßen, dazu bringen müssen.

Der Gau Berlin des Bundes Deutscher Mietervereine und der Zentral-Mieterverband Groß-Berlin haben an die Fraktionen des Stadtparlaments Denkschriften gesandt, in denen mit gutem Material und in einleuchtenden Ausführungen gezeigt wird, daß sich der Magistrat gegenüber den Hausbesitzern viel zu bereitwillig gezeigt hat. Es wird auch von der organisierten Mieterschaft als selbstverständlich anerkannt, daß dem Hausbesitzer kein Schaden entstehen darf, daß er keine unverschuldeten Zubußen leisten soll, und daß das Haus in bewohnbarem Zustande bleiben muß. Aber die Erfahrung aus der Zeit vor dem Kriege lehrt, daß die Hausbesitzer in ihrer großen Mehrzahl nicht in dem nötigen Maße Reparaturen durchgeführt haben, und daß deshalb auch jetzt nicht die Erhaltung des bestehenden Wohnraumes schon dadurch sichergestellt ist, wenn die Hausbesitzer höhere Mieten erhalten. Der § 10 der H. M. V. gestattet ja den Hausbesitzern, durch Spruch des Mieteinigungsamtes die Mittel für die nötigen Reparaturen von den Mietern zu erhalten; aber davon wird verschwindend wenig Gebrauch gemacht. Auch die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die für solche Zwecke vorgesehen sind, werden sehr wenig beansprucht; die Hausbesitzer wollen eben keine öffentliche Bewirtschaftung — sie wollen die freie Wirtschaft, das heißt: die Freiheit des Profits!

Da liegt der Hund begraben. Wir brauchen nicht, was jüngst die Berliner Handelskammer im Interesse der Hausbesitzer forderte, den „allmählichen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft“, sondern den Ausbau des gewiß von bureaukratischen Nachteilen nicht freien Mieterschutzes zur Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen. Dieses Ziel sollte auch dem Magistrat, der doch in seiner Mehrheit noch immer sozialistisch ist, wenigstens vorschweben; wenn er auch in seinen Beschlüssen durch die geltenden Bestimmungen beschränkt ist, so sollte er doch die Interessen der organisierten Mieterschaft, als der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, mehr beachten. Es ist beschämend genug, daß erst der Wohlfahrtsminister durch den Oberpräsidenten eingreifen muß, um eine allzu unsoziale Gestaltung der neuen Höchstmietenregelung zu verhindern!

*

Mit dem Thema Bureaukratismus und Wohnungsnot beschäftigte sich eine Vollversammlung der Angestellten und Techniker der Berliner Wohnungsämter. Im besonderen wurde gegen das Vorgehen des Dezernenten des Wohnungsamtes im Verwaltungsbezirk 6 (Kreuzberg) Stellung genommen. Vom Referenten sowie von allen Diskussionsrednern und dem Vertreter der Faka (freigewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer) wurde es scharf verurteilt, daß der Verwaltungsbezirk 6 von den bestehenden Richtlinien, nach denen gearbeitet wird, abweicht, dadurch, daß von dem Dezernenten des Verwaltungsbezirks ein besonderer Arbeitsplan für das zuständige Wohnungsamt herausgegeben worden ist.

Hierdurch wird die Zusammenarbeit der Wohnungsämter, wie sie in den Verwaltungsbezirken 1—6 bestand und sich auch bewährt hat, zerstört und somit der Zentralisationsgedanke zurückgedrängt. Durch dieses Vorgehen einzelner Personen wird dem wohnungsuchenden Publikum nicht gedient werden. Es wurde nachstehende Entschließung, die sich besonders gegen das Wohnungsamt im Bezirk 6 richtet, einstimmig angenommen:

„Die am 22. Dezember 1921 in der Aula des Margareten-Lyzeums versammelten Techniker und Bureauangestellten der Berliner Wohnungs- und Mieteinigungsämter erblicken in der im Bezirk Kreuzberg vorgenommenen Bureaukratisierung der Wohnungsämter eine Schädigung der Allgemeinheit und der in den Aemtern tätigen Angestellten und Beamten. Sie fordern von ihren Betriebsvertretungen und den freigewerkschaftlichen Organisationen der Hand- und Kopfarbeiterschaft ein entschlossenes Vorgehen zur Wahrung ihres Mitbestimmungsrechts und Einführung einer einheitlichen Organisationsform für die Wohnungsämter der Stadtgemeinde Berlin.“

Die Neujahrsbrief-Frankierung. Nach Auskunft des Briefpostamtes sind Karten, die Aufdrucke tragen wie die folgenden: „Prosit Neujahr“, „Herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahre“, „Viel Glück für 1922“ usw. mit 10 Pf. zu frankieren, sofern außer dem Namen des Absenders weiter kein schriftlicher Zusatz gemacht wird. Gedruckte Karten, die außer dem Namen des Absenders höchstens fünf auf den Jahreswechsel bezügliche Worte in Handschrift tragen, müssen mit 15 Pf. frankiert werden. Weisen Glückwunschkarten längere Zusätze auf, so unterliegen sie dem gewöhnlichen Porto (Fernverkehr 40 und Stadtverkehr 30 Pf). Dieselbe Vorschrift gilt auch für Karten, die in offenen Umschlägen mit der Bezeichnung „Drucksache“ versandt werden.

Neue Tariferhöhungen?

Durch die gesamte bürgerliche Presse gehen Nachrichten über die Absichten des Magistrats, die Tarife sämtlicher Betriebe wiederum zu erhöhen. Man weiß sogar zu berichten, daß die neuen Tarife schon am 15. Januar in Kraft treten sollen. Es wird behauptet, die Straßenbahn wolle einen Einheitstarif von 2 Mark einführen, der Gaspreis soll auf 3 Mark und der Kilowattpreis für elektrisches Licht auf 6 Mark gesteigert werden. Selbstverständlich knüpft die bürgerliche Presse an die von ihr kolportierten Nachrichten, zu denen eine amtliche Aeußerung bis jetzt nicht erfolgt ist, die übliche Hetze gegen die städtischen Betriebe. Selbst die Tatsache, daß Hochbahn und Omnibus ihre Tarife auch zu erhöhen die Absicht haben, obwohl das doch Privatbetriebe sind, hält das „Berliner Tageblatt“ nicht ab, wieder seine stereotype Wendung von der „Unwirtschaftlichkeit kommunaler Betriebe“ herzubeten.

In dieser Geistlosigkeit, besonders des „Berliner Tageblatts“, liegt aber System. Das Bürgertum macht zwar die durch die Teuerungswelle hervorgerufene Preissteigerung überall mit; die Privatbetriebe erhöhen überall ihre Preise (auch das „Berliner Tageblatt!“). Wenn aber die kommunalen Betriebe infolge der Geldentwertung dasselbe zu tun gezwungen sind, so ist daran mit einem Male der kommunale Charakter dieser Betriebe schuld! Das „Berliner Tageblatt“ kündigt denn auch an, die Stadtverordnetenversammlung werde „das Hauptgewicht diesmal auf eine gründliche Reform der städtischen Werke legen“, das heißt mit anderen Worten, daß die Demokraten als Schrittmacher des Bürgerblocks die Gelegenheit für günstig halten, einen Ansturm auf die städtischen Werke zur Beteiligung des Privatkapitals an — dem Defizit (das Privatkapital ist ja so opferfreudig!) der Berliner Werke zu unternehmen.

Da die letzten Stadtverordnetensitzungen gezeigt haben, daß aller Machtwille und strengster Fraktionszwang der bürgerlichen Parteien nicht imstande ist, immer die gesamte bürgerliche Mehrheit zu versammeln, so werden die sozialistischen Parteien, wenn sie entsprechend auf dem Posten sind, die Möglichkeit haben, diesen bürgerlichen Angriff abzuschlagen.

*

Amtlich wird gemeldet: Der Magistrat hat am 28. Dezember 1921 die neue Deckungsvorlage verabschiedet. Sie wird der Stadtverordnetenversammlung Anfang Januar zugehen. Die neue starke Steigerung der Löhne und Materialkosten Anfang Dezember macht eine weitere Anspannung der städtischen Tarife unvermeidlich, zumal für die städtischen Werke auf Reichszuschüsse nicht zu rechnen ist. Der Magistrat hat beschlossen, die Tarife wie folgt zu erhöhen: für elektrisches Licht auf 6 Mark, für Gas auf 3 Mark, für Wasser auf 1,30 Mark, für die Straßenbahn auf 2 Mark. Auch diese Erhöhungen ermöglichen noch keinen völligen Ausgleich der Mehrkosten der Werke. Die Deckungsvorlage für die übrige städtische Verwaltung ist zunächst noch verschoben worden. Von dem Umfang der Reichszuschüsse wird es abhängen, ob eine weitere Erhöhung der Realsteuern vermieden werden kann.

Kursus für Schöffen und Geschworene. Heute, Freitag abend, 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule der Kursus für Schöffen und Geschworene statt. Vortragender: Genosse Dr. Kopp.

Das „Spukhaus“ am Olivaer Platz. Seit einigen Tagen werden die Bewohner eines an der Ecke der Xantener Straße und des Olivaer Platzes gelegenen Hauses durch ein seltsames Vorkommnis beunruhigt. In den Abendstunden zwischen 8 und 11 Uhr fliegen in Intervallen von etwa einer halben Stunde, aber mit ziemlicher Regelmäßigkeit, Flaschen, Blumentöpfe und Scherben auf den Hof des Hauses hinunter, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, den Absendern der Geschosse auf die Spur zu kommen. Sämtliche

---

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fürst.
Copyright 1921 by Gretlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(34. Fortsetzung)

Ihr Gehorsam.

Sie ordnen sich nicht nur gewissenhaft, sondern sogar mit Freude unter. Sie fühlen sich mit innerer Befriedigung als Teile einer Kraft. Geringschätzige Behandlung schmeichelt ihnen, weil sie dadurch mit einer Persönlichkeit in Berührung kommen, die mächtig genug ist, sie schlecht zu behandeln. Einen Befehl empfangen — das heißt in irgendeine Beziehung zu den verehrungswürdigen Gewalten treten, ebenso wie der Glaube Teilnahme an der Göttlichkeit bedeutet.

Dieser Geisteszustand ist durchaus nicht erniedrigend. Er erinnert an die stolze Demut der ersten Christen. Er trägt in sich die Verehrung des Gesetzgebers, die Uebereinstimmung aller, den Einklang der Willen, die Gewissenhaftigkeit, das Pflichtgefühl. Nur oberflächliche Beurteiler können solche tiefe Frömmigkeit mit Seichtheit verwechseln.

Ihre Aufrichtigkeit.

Bei den Deutschen decken sich Wahrheit und Ausführbarkeit. Sie richten sich strenge nach der Lehre Hegels: Was besteht, ist vernünftig. Sie halten den Erfolg für sicher, wenn man nur jederzeit seine Pflicht tut. Daher ihre Gutgläubigkeit, wenn sie etwas behaupten. Die Grenzen der Wahrheit ergeben sich ihnen aus dem Widerspruch. Setzt man ihnen ein Nein entgegen, werden sie bestürzt, unsicher und zeigen sich bereit, eine Form zur Einigung zu suchen. Das ist aber weder Unterwürfigkeit noch Schwäche. Ihr Entgegenkommen ist lediglich das Zeichen einer nüchternen Seele, die in der Wahrheit keineswegs eine geheimnisvolle Offenbarung sieht.

Uebrigens macht sie ihre Begier, den gangbarsten Weg ausfindig zu machen, fleißig. Sie begnügen sich, ihre Unsicherheit zu bekennen und eifrig die Gründe nachzuprüfen, die ihrer Behauptung entgegenstehen. Ihr Glaube, daß es eine nur zeitweilige Wahrheit gibt, die sich den menschlichen Bedürfnissen unterordnet, verhütet es, daß sie zu Fanatikern werden. Sie suchen und suchen...

Mit einemmal wird die amtliche Willensmeinung bekannt. Sofort klappen die Hacken zusammen, die Rücken strecken sich, die Hände fassen an die Hosennaht. Und der Forscher ist nur noch ein Soldat im Dienste der amtlichen Meinung. Wenn er eine Lüge weitergibt, ist er selbst am meisten betrogen.

Der Deutsche ist zwar immer bereit, einen persönlichen Irrtum in praktischen Dingen zuzugeben, auch wenn sein eigener Vorteil auf dem Spiele steht, aber er lehnt sich gegen das Eingeständnis eines Volksirrtums auf. Das ist eine Sache der Manneszucht und des Gemeinsinns.

Geistige Armut? Durchaus nicht. Aber das deutsche Kaiserreich hat sich so blitzschnell entwickelt, daß jedem einzelnen schwindlig wurde und jeder sich an die Zentralgewalt anzuklammern suchte, um den Absturz ins Leere zu vermeiden. Die leitenden Kreise, die Deutschland so ruhmvoll erhöht hatten, schienen unfehlbar. Sie mußten doch unbedingt die Gesetze dieses beispiellosen Aufstiegs kennen. Und so hatte sich jeder Staatsbürger gewöhnt, die Lösung jeder Schwierigkeit von jenen Männern zu erwarten, die im Rate der Götter zu sitzen schienen.

Der gegenwärtige Zusammenbruch eines so schwer beweglichen Volkes ist ein Zeichen seiner Unfähigkeit zu persönlichem Denken.

Aber die Persönlichkeit bildet sich in der Schule des Leidens.

Ihre Tugend.

Sie vernünfteln über die Tugend, und indem sie das tun, ergibt sich ihnen ein anderer Begriff als den naiveren Völkern. Die Deutschen stellen Regeln und Grundsätze auf. Sie suchen ihre Begierden und ihre Bedenken in Einklang zu bringen. Ein junger Mann bringt seinen Eltern ein junges Mädchen, nach dem ihm der Sinn steht: „Hier ist meine Braut.“ Herzliche Aufnahme, Milchkaffee, kleine unschuldige Scherze, dann im Vorraum und auf Ausflügen minder unschuldige Scherze. Ueberdruß stellt sich ein, andere Wünsche melden sich. Schön, der junge Herr entlobt sich. Und er verlobt sich mit einer anderen. Aufs neue herzliche Aufnahme und so weiter... Jeder ist befriedigt. Selbst die Studenten während ihrer Universitätsjahre genießen bei den Eltern der jungen Damen mit den blonden Flechten und hellen Augen die Rechte von Schwiegersöhnen. Ich will durchaus nicht behaupten, daß sich die jungen Mädchen zum Aeußersten hergeben. Ich will nur sagen, daß die deutschen „Halbjungfrauen“ und unsere „Demivierges“ einander nichts vorzuwerfen haben.

Ihre Empfindlichkeit.

Durch die körperliche Züchtigung in den Schulen wird sie von klein auf geschwächt. Dann kommen die wilden studentischen Mensuren, dann kam der Militärdienst, in dem der Drill als oberster soldatischer Grundsatz angesehen wurde. Dazu gesellt sich ein kühles Temperament, und es zeigen sich gewisse körperliche Anlagen eines mit fetten und schweren Speisen genährten, mit starken Getränken überreich versorgten Volkes. Sie wissen nichts von unserer nervösen Ueberreizung, die uns schlapp wie nasse Katzen macht. Sie sind unempfindlich. Ihre Gedankenbildung erfolgt so langsam, daß eine Gegenäußerung selten vorzeitig kommt. Gewöhnlich verzichtet man überhaupt auf Gegenäußerungen, weil sie zwecklos sind. Selbst der Tod berührt sie wenig. Man möchte fast annehmen, daß das Beispiel der Preußen, dieser galvanisierten Slaven, ihnen die asiatische Gleichgültigkeit gegen das Sterben beigebracht hat. Niemals grüßen sie einen Leichenzug. Sie essen, auf Gräbern sitzend.

Ihre Zuverlässigkeit.

In den diplomatischen Verhandlungen, in jenen Fällen, wo jeder, wenn er den Gegner nicht einfach betrogen hat, zu seiner eigenen Deckung aus Leibeskräften jammert, sucht der Deutsche nach Winkelzügen. Er erfindet Vorbehalte, er macht Schwierigkeiten bezüglich der Menge und Art der Leistungen. Er versucht, aus dem Vertrag neue unvorhergesehene Bestimmungen herauszufinden. So lange die Debatte nicht geschlossen ist, sieht er neue Möglichkeiten vor und bildet sich ein, gleichzeitig treu und praktisch, zuverlässig und erfinderisch sein zu können.

Er verdient nicht den Vorwurf der Unredlichkeit, weil er nicht das Gefühl hat, unredlich zu sein. Alles möglichst gut zu machen, das genügt zur Befriedigung seiner moralischen Ansprüche. Bei den Verhandlungen tritt er mit der größtmöglichen Schärfe auf.

Handelt es sich aber um eine Frage der Industrie oder des Bankwesens, so hat das mit dem Gesamtvaterland nicht viel zu tun. Solche Geschäfte können nur zwischen Leuten geschlossen werden, die ihr Wort halten. Das ist eine Berufsnotwendigkeit. Die Deutschen richten sich nach dieser Notwendigkeit. Alle, die mit ihnen Handelsbeziehungen unterhalten, sind sich darüber einig. Sie sind pünktliche Zahler und kommen immer ihren Verpflichtungen nach. Im Wettbewerb sind sie unerträglich, als Teilhaber sind sie gut.

(Fortsetzung folgt.)

Mieter verwahren sich auf das Energischste dagegen, als Verüber dieses groben Unfuges in Betracht zu kommen. Es ist dies auch nicht gut anzunehmen, da die Mieter insgesamt ernste besonnene Menschen sind, denen eine derartige Kanonade aus der Höhe nicht zuzutrauen ist. Die Kriminalpolizei hat nun seit heute mittag das Haus umstellen lassen, um durch ständige Beobachtung hinter die Schliche des geheimnisvollen Schützen zu kommen.

Um eine Mark

Mit welchen unglaublichen Kleinigkeiten sich mitunter ein Gericht beschäftigen muß, zeigte in überaus charakteristischer Weise eine Verhandlung, welche gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Wegen Betruges um einen Betrag von sage und schreibe — einer ganzen deutschen Reichspapiermark war der frühere Straßenbahnschaffner Alois Klopsch aus Charlotenburg angeklagt. Der Angeklagte hatte eines Tages auf der A-Bahn Dienst und war gezwungen, einen schon vom Block abgerissenen Fahrschein, wie dies alle Schaffner machen, quer in den Block zurückzustecken, da der Fahrgast im letzten Augenblick einen Umsteigefahrschein verlangte. Als bald darauf ein anderer Fahrgast den Wagen bestieg, händigte ihm K. den schon abgerissenen Fahrschein aus. Ein Kontrolleur stellte sodann fest, daß dieser Fahrgast einen falschen, von einer ganz anderen Linie stammenden Fahrschein vorwies. Da der Fahrgast behauptete, diesen Fahrschein von dem Angeklagten erhalten zu haben, tauchte der Verdacht auf, daß K., um sich um eine Mark zu bereichern, den falschen Fahrschein verkauft habe.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld wies darauf hin, daß es vom Standpunkt des Steuerzahlers aus eigentlich ein Skandal sei, daß auf Grund eines so zweifelhaften Beweises überhaupt Anklage erhoben worden sei und wegen eines Betrages von 1 Mark ein Richter, ein Staatsanwalt, zwei Schöffen, ein Protokollführer, ein Verteidiger und mehrere Beamte der Polizei und der Gerichtsschreiberei in Tätigkeit treten müssen und dem Staat Kosten in Höhe von einigen hundert Mark erstünden. Offenbar habe der Zeuge, ohne es zu wissen, seinen richtigen Fahrschein verloren und behaupte nun in gutem Glauben, daß ihn ein anderer Fahrschein, den er zufällig in seinen Taschen fand, von dem Angeklagten ausgehändigt worden sei. Der Vertreter der Amtsanwaltschaft wies darauf hin, daß es Pflicht der Behörde sei, ebenfalls im Interesse der Steuerzahler einer solchen Sache auf den Grund zu gehen und sie aufzuklären, da in dem Fall, daß solche Betrügereien wirklich begangen werden würden, das Defizit der städtischen Bahnen noch größer würde, als es ohnehin schon sei. Das Gericht erkannte dem Antrage des Amtsanwalts und des Verteidigers gemäß auf Freisprechung.

Ein unaufgeklärter Todesfall. In der Nacht auf Donnerstag hörte man in der Strelitzer Straße nach längerem Wortwechsel plötzlich zwei Schüsse. Hinzueilende Passanten fanden vor dem Hause Nr. 43 eine Frau blutüberströmt liegen. Die sofort alarmierte Feuerwehr nahm sich ihrer an und sorgte für ihre Ueberführung in das Lazarus-Krankenhaus, wo sie gestern vormittag ihren schweren Verletzungen erlag. Es handelt sich um die Buchhalterin Hildegard W., die aus unglücklicher Liebe in den Tod gegangen sein soll. Die weiteren Ermittelungen werden jedoch erst genauen Aufschluß über die Tat geben, da das Gerücht geht, die W. sei von ihrem Liebhaber im Streit erschossen worden.

Silvesterabend im Circus Busch. Am letzten Abend des Jahres feiert der Circus Busch die fünfzigste Aufführung der indischen Prunkpantomime „Die Schlange der Durgha" mit Paula Busch als Tänzerin Amara. Es sei darauf hingewiesen, daß sich das persönliche Auftreten von Paula Busch nur noch auf kurze Zeit beschränkt.

Gewerkschaftliches

Minimallöhne und Kosten der Lebenshaltung

In der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz" finden wir folgende interessante Notiz: In den Vereinigten Staaten besteht zur Bestimmung von Minimallöhnen im Staate Massachusetts ein staatliches Lohnamt. Unlängst bestimmte es einen Minimallohn von 12 Dollar pro Woche für gelernte Arbeiter. (Diesen minimen Lohn hat der Schreiber d. Z. schon vor 15 Jahren als ganz junger Mensch in Amerika verdient. Inzwischen sind drüben ebenfalls alle Preise erheblich in die Höhe gegangen. Das bedeutet, daß die Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters stark herabgedrückt wurde, wenn heute für einen gelernten Arbeiter der Minimallohn nur 12 Dollar beträgt. Es wäre total falsch, wenn wir etwa 12 Dollar in deutsche Mark umrechnen würden und bei einem Kurs von etwa 200 auf einen Wochenlohn von 2400 Mark kämen. Der amerikanische Arbeiter hat drüben in seinen 12 Dollars nur die Kaufkraft von 600 bis 800 Mark. Vielleicht noch eine Kleinigkeit mehr. Dies besagt, daß der ehemalige relativ hohe amerikanische „Standard of Life" — Lebenshaltung — entsetzlich sank, während die amerikanische Plutokratie im Gold schier erstickt. Die Red.) Gleichzeitig hat es aber festgestellt, daß die Kosten der Lebenshaltung für eine alleinstehende Arbeiterfrau nach den amtlichen Daten wöchentlich 13½ Dollar betragen. Damit bleiben die festgesetzten Minimallöhne weit hinter den Kosten der Lebenshaltung zurück. Die Lage der Industrie mußte aber nach seiner Ansicht berücksichtigt werden.

In Australien hat sich dasselbe ereignet. Das Lohnamt hat die Kosten der Lebenshaltung ausgerechnet, wobei die Ansprüche bereits auf das mindeste herabgesetzt wurden. Es gab dann die Erklärung ab, daß die Lage der Industrie es nicht gestatte, soviel zu zahlen, daß der Lebensunterhalt des Arbeiters sichergestellt ist.

Die englischen Lohnämter (Trade Boards) bestimmen Minimallöhne für einzelne wenig organisierte Industrien. Nun hat es sich herausgestellt, daß diese Minimallöhne sehr bedeutend höher sind als die in den anderen Großindustrien — in welchen keine Lohnämter bestehen — (Berg-, Metall-, Textil-Industrie) gezahlten, obwohl in diesen Lohnämtern Vertreter der Unternehmer und der arbeiterfeindlichen Regierung mitwirken. Die Angriffe der betroffenen Unternehmer gegen die Lohnämter, die sich der Berücksichtigung der Kosten der Lebenshaltung nicht verschließen können, sind zu verstehen. Dieses Versagen der Lohnämter und Minimallöhne ist auch ein Beweis dafür, daß der Reallohn des Arbeiters mit den steigenden Kosten des Lebensunterhalts nicht Schritt zu halten vermag.

Vor dem Ende des Kraftdroschkenbesitzerstreiks

Die gestrigen Verhandlungen der Berliner Kraftdroschkenbesitzer mit dem Polizeipräsidenten Richter und dem Oberbürgermeister Böß dürften aller Wahrscheinlichkeit nach die baldige Wiederaufnahme des Kraftdroschkenverkehrs zur Folge haben. Sowohl im Polizeipräsidium, wie im Magistrat wurde den Kraftdroschkenbesitzern erklärt, daß weder an der zwanzigfachen Taxe noch an der zehnprozentigen Kraftdroschkensteuer zu rütteln sei, und daß alle weiteren Entschließungen der Behörden von der Wiederaufnahme des Verkehrs abhängig seien. Eine Aufhebung der Nummernsperre wurde bei den Verhandlungen im Polizeipräsidium zwar nicht direkt in Aussicht gestellt, doch betonte man dort, daß eine solche Maßnahme zu erwägen bleibe. Nach diesem Verhandlungsergebnis muß damit gerechnet werden, daß die Kraftdroschkenbesitzer in ihrer am heutigen Freitag stattfindenden Versammlung die Wiederaufnahme des Verkehrs beschließen werden. Im neuen Jahre wird voraussichtlich eine erhöhte Autotaxe erneut gefordert werden.

Erste Jugendkonferenz des Bauarbeiter-Verbandes

In Leipzig tagte am 28. und 29. Dezember die erste Jugendkonferenz des deutschen Bauarbeiterverbandes. Der Verbandsvorstand setzt, ebenso wie andere Gewerkschaftsvorstände, voraus, daß die Interessen und Ideen seiner jungen Kollegen nicht in allen Punkten denen der älteren gleich sind. Er hat darum, und auch zugleich um den mehrfach von Jugendlichen geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen, die erste Jugendkonferenz der Deutschen Bauarbeiter einberufen. Diese wird nun die Aufgabe haben, die wichtigste Vorarbeit für den Aufbau einer Jugendabteilung des Verbandes zu leisten. Wenn die Konferenz diese Aufgabe im rechten Sinne löst, dann wird diese Jugend organisch in die größeren Aufgaben für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft hineinwachsen.

Kongreß der Betriebsräte des österreichischen Bergbaus

Vorgestern wurde in Graz ein Kongreß der Betriebsräte des österreichischen Bergbaus eröffnet. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Was sind die Aufgaben der Betriebsräte? nahm der Kongreß einstimmig eine Resolution an, in der es u. a. heißt: Die Abgesandten der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus erklären, daß sie und ihre Kameradschaften fest entschlossen sind, das Betriebsrätegesetz als die Grundlage des neuen Rechtes der Arbeit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen.

Von den kanadischen Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsbewegung in Kanada ist sehr zersplittert. Der größte Teil der Arbeiterschaft gehört der Gompersschen American Federation of Labor (Amerikanischer Arbeiterbund) an, der sich also außerhalb der Vereinigten Staaten auch in Kanada betätigt. Außerdem gibt es noch zwei größere Spitzenorganisationen: den kanadischen Gewerkschaftsbund und die Union der nationalen und katholischen Gewerkschaften. Aus dem Bericht des ersteren entnehmen wir die Klage dieses Gewerkschaftsbundes, daß die Bergarbeiter infolge der in einzelnen kanadischen Staaten geltenden Gesetze nur über den Eigentümer und durch seine Vermittlung mit ihren Gewerkschaften verkehren dürfen. Die katholisch-nationale Union hat auf ihrem letzten Kongreß den Beschluß gefaßt, daß die Arbeiter öffentlicher Betriebe nicht streiken dürfen. Vor kurzem erfolgten die Parlamentswahlen, die der bisher in der Minderheit befindlichen Liberalen Partei eine absolute Mehrheit sicherten. Ihr Erfolg ist der Erbitterung des Volkes gegen die konservative Hochschutzzollpolitik zuzuschreiben. Nun beabsichtigen aber die Liberalen, die Staatseisenbahnen in den Privatbesitz zurückzuführen, falls sie daran nicht durch die gleichfalls erstarkte Partei der Progressiven behindert werden.

Parteiveranstaltungen

1. Bezirksabteilung (Berlin-Mitte). Die Karten vom 27. Dezember müssen bis zum 30. Dezember abgerechnet sein, da sonst angenommen wird, daß sie verkauft sind.

Freitag, 30. Dezember

5. Bezirksabteilung, 13., 15., 17. Bezirk. Männerchor U. S. P. Pünktl. 8 Uhr Uebungsstunde, Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a. Sangesfreudige Genossen willkommen.

U. S. P. Radfahrverein Karlshorst. Abends 7½ Uhr Weihnachtsfeier im Restaurant „Deutsche Eiche", Treskow-Allee 30.

Vereinskalender

Montag, 2. Januar

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Sektion Straßenbetriebe. Abends 7 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 31/32 Delegiertenkonferenz der Branche 12 (Reichsbetriebe und Reichsverwaltungen). Wichtige Tagesordnung. Erscheinen unbedingt Pflicht.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lindhein, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: P. Kuhner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kawerner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Berlin Straße 48.